DDR-Revisionisten-Feinde der internationalen Solidarität
Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 25 vom 21. Juni 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Dynamit-Nobel

Nach Streik: Abschiebung ausländischer Kollegen

28 türkische Kollegen von Dynamit Nobel sollen an das reaktionäre Regime in der Türkei abgeschoben werden. Zwei der Kollegen sind bereits am Freitag letzter Woche heimlich in die Türkei abgeschoben worden. Nicht einmal die Verwandten oder der Rechtsanwalt erfuhren davon. Die türkischen Kollegen hatten bei Dynamit Nobel gegen Entlassungen gestreikt und wurden von der Polizei in einem brutalen Einsatz festgenommen und verhaftet. Einen Monat lang wurden sie in Untersuchungshaft und Abschiebehaft gehalten.

Als der Haftprüfungstermin durchgeführt werden sollte, wurden die Rechtsanwälte der türkischen Kollegen nicht einmal benachrichtigt. Die bürgerliche Klassenjustiz wollte verhindern, daß die Öffentlichkeit davon erfährt. Erst auf Einspruch der Rechtsanwälte konnten sie daran teilnehmen. Der Richter hatte bis dahin aber schon drei türkische Kollegen vernommen und das Urteil gesprochen. Diese Urteile standen bereits vorher fest. Der Richter holte sie nach der Vernehmung fertig gedruckt aus seiner Tasche und las sie vor. Dagegen protestierten die Rechtsanwälte, worauf der Richter sie auswendig aufsagte. **Die Urteile waren alle gleich: Sofortige Abschiebung in die Türkei!**

Das sind Terrorurteile der Bourgeoisie gegen unsere ausländischen Kollegen, denn in der Türkei wird sie und ihre Familien verschiedene Repressalien des reaktionären Regimes und Arbeitslosigkeit erwarten. Diese Urteile zeigen die politische Rechtlosigkeit der ausländischen Kollegen in Westdeutschland, jeder Protest und Kampf soll sofort im Keime erstickt werden.

Gegen die Abschiebung der türkischen Kollegen demonstrierten am Samstag letzter Woche 500 Kollegen und Genossen unter diesen Parolen:

Nieder mit dem reaktionären Ausländergesetz! Freiheit für die 28 Kollegen aus der Türkei! Keine Abschiebung! Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Kampffront, eine Klasse!

Türkische Kollegen, die am Straßenrand standen, reihten sich in den Demonstrationszug ein. Interessiert nahm die Bevölkerung die Flugblätter auf.

Mehrere ausländische Kollegen wollte Dynamit Nobel entlassen, dagegen haben die türkischen Kollegen gekämpft. Gerade jetzt, wo in verschiedenen Betrieben Massenentlassungen durchgeführt werden, sind zum großen Teil gerade die ausländischen Kollegen von Entlassungen betroffen.



Freiheit für die 28 Kollegen aus der Türkei, eine der Forderungen der Solidaritätsdemonstration in Nürnberg am 14. 6. 75.

Kürzlich hat die Bundesregierung klargestellt, daß sie den „Anwerbestopp" für ausländische Arbeiter nicht aufheben wird und daß sie gegen die illegal in Westdeutschland arbeitenden ausländischen Arbeiter verschärft vorgehen wird. Die Bundesregierung wie auch die Bonzen vom DGB rechtfertigen ihr Vorgehen gegen die Kollegen damit, daß es im Interesse der deutschen Arbeiter sei. Die ausländischen Kollegen würden den deutschen Kollegen die Arbeitsplätze wegnehmen. Die deutschen Kollegen hätten ein Vorrecht auf einen Arbeitsplatz, behaupten sie.

Erstmal ist es ja so, daß die Kapitalisten den Arbeitern die Arbeitsplätze wegnehmen und nicht die ausländischen Kollegen. Dann ist es so, daß nicht nur ausländische Kollegen entlassen worden sind, sondern auch Hunderttausende von deutschen Kollegen auf der Straße liegen, und von den Rationalisierungsmaßnahmen die deutschen Kollegen keinesfalls verschont bleiben.

Gegen die Aufspaltung der Arbeiter **muß die einheitliche Klassenfront errichtet werden. Deutsche und ausländische Arbeiter sind eine Klasse und haben einen gemeinsamen Feind, den Imperialismus, der rücksichtslos die Heimatländer unserer ausländischen Kollegen ausplündert, die Volksmassen in Arbeitslosigkeit, Hunger und Elend stürzt.** Zu diesen Imperialisten gehört auch der westdeutsche Imperialismus, der die Arbeiter wie Sklaven in sein Land holt und sie auch hier noch ausplündert, sogar noch schärfer als die deutschen Arbeiter.

Fortsetzung auf Seite 3

Eisenbahnunglück in Warngau

Katastrophe nach Fahrplan

35 Tote, über 100 Schwerverletzte forderte das schwere Eisenbahnunglück am Sonntag vor zwei Wochen auf der eingleisigen Strecke zwischen Warngau und Schaftlach in Bayern. Die beiden Züge, die ungefähr zur gleichen Zeit von den beiden Bahnhöfen losgefahren waren, bohrten sich ineinander, ganze Wagons flogen über die Loks und landeten dann auf einer Wiese. Die Menschen waren zum Teil so verstümmelt, daß sie kaum identifiziert werden konnten.

Das ist bereits der zweite schwere Unfall der Bundesbahn innerhalb der letzten drei Monate. Am 7. März starben 12 Menschen an einem schlecht gesicherten Bahnübergang in München, die mit ihrem Omnibus von einem Nahverkehrszug zermalmt wurden. Der Kommentar vom Präsidenten der Deutschen Bundesbahn nach dem Unglück: „Die Bundesbahn ist und bleibt ein sicheres Verkehrsmittel." Das zeigt, die Sicherheit und das Leben der Werktätigen ist ihm vollkommen egal. Hauptsache ist, das Ansehen der Bundesbahn wird dadurch nicht schlechter, damit die Kasse stimmt.

Fortsetzung auf Seite 6

Großbritannien bleibt in der EWG

Stärkung der EWG gegen beide Supermächte

Nachdem in Großbritannien das Referendum durchgeführt worden ist, steht jetzt endgültig fest: Großbritannien wird in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft bleiben. Dieser Beschluß Großbritanniens entspricht der Tendenz der entwickelten kapitalistischen Länder, der Länder der Zweiten Welt, sich gemeinsam zur Wehr zu setzen gegen die ständige Bevormundung, Einmischung und Kontrolle durch die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und die Sowjetunion.

Der Entschluß Großbritanniens, endgültig der EWG beizutreten, ist ein positiver Schritt, denn dieser Entschluß bedeutet, daß die EWG künftig breiter und geschlossener gegenüber den beiden Supermächten auftreten kann.

Bereits in den letzten Jahren haben die US-Imperialisten erfahren müssen, daß die westeuropäischen Länder sich zunehmend gegen die Vorherrschaftspolitik des US-Imperialismus in verschiedenen Fragen zur Wehr setzen. Sei es, daß sie gegen die Dollar-Leitwährung angingen, um die drückende Last der Dollar-Krise, die die US-Imperialisten ihnen aufbürden, loszuwerden, sei es in Fragen der Zoll- und Handelspolitik.

Daß der Ausgang des Referendums in Großbritannien eine gute Sache ist, das zeigte vor allem aber auch die Reaktion der sowjetischen Sozialimperialisten. Diese Supermacht hat von Anfang an entschieden gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG gehetzt, weil der Zusammenschluß der westeuropäischen Länder in der EWG dem sowjetischen Plan von der „gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit" einen Strich durch die Rechnung macht. Dieser Plan der sowjetischen Sozialimperialisten von der „gesamteuropäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit" bedeutet nichts anderes, als einen wirtschaftlichen Block aller europäischen Länder mit der Sowjetunion einzugehen, heißt, dieser aggressiven Supermacht Tür und Tor zu öffnen für ihre wirtschaftliche und politische Infiltration und Expansion in Westeuropa. Und das genau ist das Ziel der sowjetischen Sozialimperialisten: Ihre sogenannte wirtschaftliche „Zusammenarbeit", wie sie heute bereits in Osteuropa im „Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) besteht, auf ganz Europa auszudehnen, ganz Europa wirtschaftlich, politisch und militärisch zu knebeln und zu knechten. Ein Zusammenschluß der westeuropäischen Länder unter sich dagegen erschwert dies natürlich den sowjetischen Sozialimperialisten, weshalb sie mit viel Tamtam und lautem Geschrei gegen diesen Zusammenschluß auftreten. Es ist das Prinzip „Teile und Herrsche", das sie verfolgen, um gegenüber den westeuropäischen Ländern an Macht zu gewinnen. So haben sie sich auch bemüht, Großbritannien vom endgültigen Beitritt zur EWG abzuhalten, um gerade mit diesem Land, das in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt, leichteres Spiel zu haben. In einer Reihe damit stehen auch die ständigen Versuche Moskaus, andere Länder von der EWG abzuspalten, die EWG zu zersetzen und zu schwächen.

Der endgültige Beitritt Großbritanniens zur EWG bedeutet also eine Stärkung der westeuropäischen Länder in ihrem Zusammenschluß gegen die Infiltrationsversuche des sowjetischen Sozialimperialismus wie gegen die Bevormundung und Einmischung durch den US-Imperialismus. Je breiter und geschlossener der Zusammenschluß der westeuropäischen Länder ist, desto besser sind sie in der Lage, die Forderungen, Einmischungen usw. beider Supermächte zurückzuweisen. Das ist auch im Interesse der Völker Europas eine gute Sache, die weder die Vorherrschaft des US-Imperialismus noch die des sowjetischen Sozialimperialismus über sich ertragen wollen.

Fortsetzung auf Seite 8

AUS DEM INHALT

Wer sind die Spalter der Nation? . . . 2
DDR-Führer wollen den päpstlichen Segen 2
Massenentlassungen im Schiffsbau geplant 3
Kampf dem Büchertischverbot! . . . 4
Trotz Polizei-Einsatz: Vollversammlungsverbot durchbrochen . . . 4
DDR-Führer: Saboteure am Befreiungskampf der Völker. Die Geschichte einer Medikamentensammlung . . . 5
OVG-Urteil: Ein Angriff gegen die Partei 6
Rachitis – eine typische Krankheit der Kinder des Proletariats 7
Kremlführer sabotieren den Kampf des angolanischen Volkes 8
Gromykos Wahlrede: Kanonen statt Butter 8
Namibia: Bewaffneter Kampf – einziger Weg zum Sieg 9
Kambodscha: Das Land wird wieder aufgebaut 9

17. Juni
Wer sind die Spalter der deutschen Nation?

Das deutsche Volk in beiden deutschen Staaten wünscht die nationale Einheit, wünscht ein Deutschland ohne Mauer und Stacheldraht, ohne Minenfelder und Schießbefehl. Am 17. Juni beschwören auch die Repräsentanten des westdeutschen Imperialismus die „Einheit der deutschen Nation". Aber die Heucheleien und die Phrasen der Imperialisten haben mit dem gerechten Wunsch des deutschen Volkes nach nationaler Einheit nichts zu tun.

Welchen deutschen Werktätigen packt nicht die Empörung und Wut angesichts des ungeheuren Unrechts, das unserem Volk durch die Teilung Deutschlands angetan wird. Nur unter größten Schwierigkeiten können sich Verwandte in beiden Staaten gegenseitig besuchen, mitten in Deutschland verbluten Menschen angeschossen oder von Minen zerstümmelt im Stacheldraht. Fünf Kinder ertranken in Berlin in der Spree, weil die DDR-Behörden jede Rettungsaktion verboten. Die Grenzen durch Deutschland, zwischen der DDR und Westberlin und der DDR und der Bundesrepublik sind Todesstreifen, mit keiner anderen Grenze vergleichbar, die die Bundesrepublik zu einem ausländischen Staat hat.

Das war nicht immer so. Mit der Sowjetunion an der Spitze war nach dem 2. Weltkrieg als Ergebnis des großen antifaschistischen Kampfes der Völker das sozialistische Lager entstanden, zu dem auch die DDR gehörte. Die Existenz eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden war für den Imperialismus eine ungeheure Herausforderung. Mit allen Mitteln versuchten die US-Imperialisten und ihre westdeutschen Handlanger der Ausstrahlungskraft der sozialistischen DDR und des sozialistischen Lagers insgesamt entgegenzuwirken. Als beispielsweise 1951 in der DDR die Weltjugendfestspiele stattfanden, mußten zig Tausende Jugendlicher aus Westdeutschland illegal über die Grenze, teilweise mit Umwegen über Polen in die DDR einreisen. Damals waren es die amerikanischen und die deutschen Imperialisten, die jeden Kontakt zwischen der DDR und der westdeutschen Bevölkerung unterbinden wollten. So wurden selbst westdeutschen Sportlern, die in der DDR an Wettkämpfen teilgenommen hatten, bei ihrer Rückkehr nach Westdeutschland Pokale und Preise abgenommen. Damals traten die DDR und die sozialistische Sowjetunion für die nationale Einheit Deutschlands ein. SED und KPD kämpften Schulter an Schulter für die nationalen Interessen des deutschen Volkes. So hieß es in der Erklärung des ZK der SED zum „Programm der nationalen Wiedervereinigung": „Schreitet zum Zusammenschluß aller patriotischen und friedliebenden Kräfte, damit die Herrschaft der amerikanischen Okkupanten und ihrer deutschen Helfershelfer ihr Ende findet und der Weg zu einem einigen, demokratischen und unabhängigen Deutschland frei wird."

Es waren die US-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten, die damals die Spaltung der deutschen Nation betrieben. Die US-Imperialisten wollten Westdeutschland zum Aufmarschgebiet gegen das sozialistische Lager machen. Die deutschen Imperialisten betrieben die Spaltung Deutschlands, um wenigstens in einem Teil des Landes ihre Herrschaft, wenn auch unter amerikanischem Oberkommando, wiedererrichten zu können. Die Krupp und Thyssen gingen in ihrem nationalen Verrat so weit, in den Pariser Verträgen der Besetzung Westdeutschlands durch die Truppen des US-Imperialismus bis zum Jahre 2005 zuzustimmen.

Mit allen Mitteln der Subversion, der Spionage und der Unterwanderung versuchten die US-Imperialisten und die westdeutschen Imperialisten das sozialistische System in der DDR zu stürzen. So versuchten sie mit offener antikommunistischer Hetze die Bevölkerung in der DDR gegen den Arbeiter- und Bauernstaat aufzubringen. Andererseits versuchten sie, berechtigten Unmut der Werktätigen der DDR über auftretende Ungerechtigkeiten für ihre Umsturzziele auszunutzen. So am 17. Juni 1953. Damals protestierten Bauarbeiter gegen Ungerechtigkeiten im Lohnsystem. Imperialistische Agenten, aus Westberlin eingeschleuste Provokateure nutzten diese Situation zu Aktionen aus, die gegen die Macht der Arbeiter und Bauern und gegen die Partei gerichtet waren. Seit damals ist für die westdeutschen Imperialisten der 17. Juni ein Tag, an dem sie

Fortsetzung auf Seite 10

DDR
Jugendliche demonstrieren gegen Polizeiknüppel

Ich möchte Euch hier berichten, was ich durch einen Besuch in der DDR erfahren habe.

In der letzten Zeit wird in der DDR eine große Werbekampagne durchgeführt, mit dem Ziel, Jugendliche für die Polizei zu gewinnen. Es wird dabei in einer derart offenen Form vorgegangen, daß sich der bürgerliche Charakter des Staatsapparates in der DDR besonders deutlich entlarvt. Zum einen werden in Zeitungen Annoncen aufgegeben, zum anderen werden direkt in die Betriebe Werbeleute geschickt, die damit argumentieren, daß man doch bei der Polizei ein festes, hohes Gehalt hat und hier im Betrieb in nächster Zeit sowieso die Normen (sprich die Akkordzeiten) erhöht werden, man sich also einen ruhigen, gutbezahlten Job verschaffen könnte!

Daß dieser „Job" nicht so ruhig ist, will ich an einem anderen Beispiel zeigen. Immer häufiger finden in der DDR auf Jugendfesten faschistische Polizeieinsätze statt. Dagegen entfacht sich natürlich auch der Widerstand. Dies kann man natürlich nicht in einer Zeitung lesen, sondern nur durch die Mund-zu-Mund-Propaganda der Jugendlichen untereinander erfahren.

Ein Beispiel: Vor dem 25 Jahrestag der DDR trug sich folgendes zu. Auf einem großen „Pop"fest in Gera kam es zu einem Zwist unter Jugendlichen; die herbeigeholte Polizei spielte sich wie die Herren auf und provozierte mit Hunden. Es kam zum Knüppeleinsatz. Viele wurden festgenommen. Sie erwartet 2 bis 5 Jahre Knast wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Daraufhin wuchs die Empörung und rund 500 Jugendliche formierten sich zu einer Demonstration, die dem Polizeiwagen bis zum Präsidium folgte, Straßenbahnen anhielt und die Treppen des Präsidiums besetzte. Sie forderten die Freilassung. Vor den herbeigeholten Polizeitruppen mußten sie sich jedoch schließlich auflösen.

Jugendliche aus der DDR berichteten darüber hinaus von einer besonders üblen Methode des sozialfaschistischen DDR-Regimes, gegen Jugendliche vorzugehen, die sich gegen die Unterdrückung auflehnen. Auf Festivals und anderen Veranstaltungen von Jugendlichen werden scheinbar oppositionell auftretende Sänger geschickt. Staatssicherheitspolizei, die ebenfalls zu den Veranstaltungen erscheint, hält dann Umschau, welche Jugendliche besonders laut klatschen oder sogar Kommentare gegen das sozialfaschistische DDR-Regime abgeben. Auf diese Weise versucht der Staatssicherheitsdienst herauszubekommen, wo fortschrittliche Jugendliche stecken, gegen die dann mit Verfolgungsmaßnahmen und Repressalien vom Staatsapparat vorgegangen wird.

Was kann besser als diese Beispiele zeigen, weshalb die Sozialimperialisten und ihre Statthalter in der DDR sich um die Aufrüstung ihrer Polizeitruppen kümmern. Sie haben Angst, denn sie wissen, wo Ausbeutung und Unterdrückung herrscht, gibt es Widerstand.

Casaroli in der DDR
DDR-Führer wollen den päpstlichen Segen

Auf Einladung des DDR-Außenministers besuchte erstmals seit Bestehen der DDR offiziell ein Vertreter des Vatikans das Land. „Religion ist Opium des Volkes." Dieser bekannte Ausspruch von Karl Marx macht deutlich, daß sich Kirche und Sozialismus nicht miteinander vereinen lassen. Der Besuch von „Monsignore" Caseroli kennzeichnet daher den politischen Wandel, der sich in der DDR vollzogen hat.

Von jeher war der Vatikan ein Hort des Antikommunismus. Überall, wo Imperialisten sich zum Überfall auf andere Völker rüsteten, segnete der Papst zuvor die Waffen. Überall, wo sich die Völker zum Kampf gegen ihre Unterdrücker erhoben, geißelte der Papst ihren gerechten Kampf als Verbrechen gegen die gottgewollte Ausbeuter- und Unterdrückerordnung. Mit besonderem Haß verfolgt darum der Vatikan heute das sozialistische Albanien, als einziges Land in Europa einen kompromißlosen Kampf gegen das Gift der Religion im Volk führt. Als jedoch damals Hitler die Völker Osteuropas überfiel, betete Pius der XII. für den Sieg des Nationalsozialismus. Jetzt soll er für die neuen imperialistischen Kriegstreiber beten. **Die DDR bemüht sich mit allen Mitteln, den päpstlichen Segen für das große Betrugsmanöver der beiden Supermächte einzuholen.** Mit dem Propagandarummel um die europäische Sicherheitskonferenz (KSZE) versucht insbesondere die Sowjetunion seit drei Jahren, ihre Kriegsvorbereitungen gegen die Völker Europas unter dem Mantel des Friedenskämpfers zu verhüllen. Es würde ihrem Lügengebäude den i-Punkt aufsetzen, wenn es ihnen gelingt, den Papst als Fürbitter ihrer „Friedensmission" zu gewinnen.

Aber es bleibt nicht bei dem Verrat der DDR-Vasallen an dem Wunsch der Völker nach Frieden und Sicherheit. Mit der Einladung an den päpstlichen Stuhl verbindet die DDR das Angebot, selbstständige Bistümer in der DDR zu errichten. Damit fordert sie diese Brutstätte der Reaktion, deren Kardinal Frings 1950 als erster im Interesse des US-Imperialismus und der westdeutschen Monopolbourgeoisie offiziell die Remilitarisierung Westdeutschlands forderte und in deren Abtei Himmerod der Plan zur Schaffung der Bundeswehr ausgearbeitet wurde, offiziell auf, die Kirche in der DDR zu reorganisieren. Von ihren Kanzeln herab unterstützen die Popen die Teilung Deutschlands, indem sie den westdeutschen Ausbeuterstaat als freie, gerechte, gottgefällige Ordnung hinstellten, den damals sozialistischen Arbeiter- und Bauernstaat in der DDR aber als Werk des Teufels, wo die „Brüder und Schwestern in Christo" vom gottlosen Bolschewismus grausam geknechtet werden.

Mit ihrer aktiven Kirchenpolitik beweist die Führungsclique in der DDR, daß sie selbst nichts anderes ist als eine neue Bourgeoisie, die von der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter und Werktätigen lebt. Je schärfer die Unterdrückung in der DDR voranschreitet, desto weniger gelingt es den Herrschenden, ihren faschistischen Unterdrükkungsapparat als „sozialistischen" Staat zu verkaufen. Daher greift sie, wie jede Bourgeoisie, auch zum Opium der Religion, um dem Volk den Blick für den Klassencharakter des Staates zu trüben, ihnen das „liebet eure Feinde" einzuimpfen und den Kampf um die Wiedervereinigung in einem sozialistischen Deutschland zu sabotieren.

Damals beteten sie für die Hitler . . .


; heute sollen sie die Kriegsvorbereitungen der Supermächte segnen

Wie anders ist dagegen die Haltung des sozialistischen Albaniens! Radio Tirana sagte in einer Sendung: „Der Papst und seine Freunde können alle Glocken dieser Welt läuten lassen, aber sie werden es nicht schaffen, Albanien von der richtigen Marschrichtung abzubringen. Er wird zu einer Furie, da er nicht die Siege des albanischen Volkes gegen die Religion, die Zerschlagung der kirchlichen Institutionen anerkennen will. Diese Tatsache ist ein großes Beispiel ... wie die Volksmassen in der Lage sind, sich vom jahrhundertelangen religiösen Obskurantismus zu befreien."

Kurz berichtet

MAINZ

An den Uni-Kliniken in Mainz ist eine neue Betriebszeitung der KPD/ML erschienen: „ROTE KLINIK". Die erste Ausgabe der neuen Betriebszeitung erschien bereits zum Roten 1. Mai. In der zweiten Nummer, die vor wenigen Tagen erschien, wird berichtet über die Krankenversorgung an den Uni-Kliniken in Mainz unter der Überschrift: „Kapitalistische ‚Sorge' um die Gesundheit: Kranke auf den Fluren." Weiterhin erschien der erste Teil einer Serie über das Gesundheitswesen im Dienste des Volkes in der VR China.



HAMBURG

Neben dem Parteibüro und dem Buchladen der KPD/ML in der Stresemannstraße 110 wurde in Hamburg jetzt ein zweiter Buchladen der Partei in Hamburg-Wilhelmsburg eröffnet, Am Vogelhüttendeich 51. In dem Laden ist sämtliche Literatur, die die Partei herausgibt, zu erhalten, sowie Schriften und Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus und auch Zeitschriften und Literatur aus der Volksrepublik China und der Volksrepublik Albanien. Die Öffnungszeiten des Buchladens: Montags, Mittwochs, Freitags von 15.30 bis 18.30 Uhr und Samstags von 9 bis 13 Uhr.

DARMSTADT

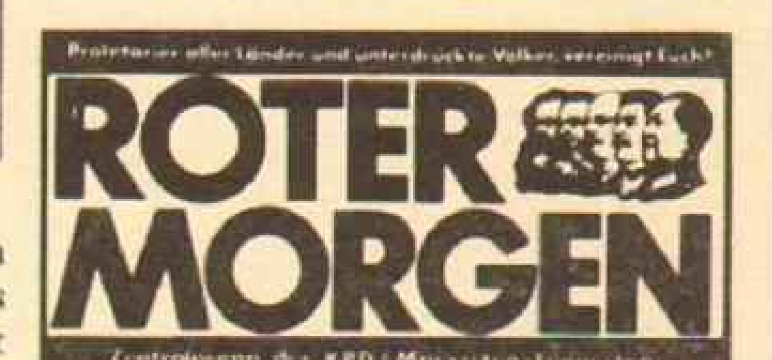
Neu erschienen ist in Darmstadt die Betriebszeitung der KPD/ML für die Kollegen der Firma Merck, „DAS ROTE MERCKBLATT". Früher bereits hatte es in Darmstadt das „ROTE MERCKBLATT" gegeben als Zeitung der Spalterorganisation „Gruppe Rote Fahne Bochum", bis seine Herausgeber vor 1 1/2 Jahren der falschen Politik der schon aufgelösten Spalterorganisation den Rücken kehrten und sich der Partei des Proletariats, der KPD/ML anschlossen.



„Das neue ROTE MERCKBLATT", heißt es in der 1. Ausgabe der jetzt neu erschienenen Betriebszeitung der KPD/ML, „wird daher für die Einheit der Marxisten-Leninisten und für die Einheit der Arbeiterklasse eintreten – im unversöhnlichen Kampf gegen den Verrat am Kommunismus durch die modernen Revisionisten der D,K'P, ‚S'ED und andere." In der neu erschienenen Ausgabe wird berichtet, daß im Herbst bei Merck Produktionsstillegung und Entlassungen drohen.

BERICHTIGUNG

Im ROTEN MORGEN Nr. 23/75 kündigten wir einen Prozeß gegen Teilnehmer an einer Demonstration gegen die Ermordung von Holger Meins in München an. Irrtümlich hieß es dort, zwei Genossen wären angeklagt, u.a. wegen Landfriedensbruch. Tatsächlich aber wurden wegen Hausfriedensbruch angeklagt ein Genosse und eine Passantin, die damals festgenommen worden waren. Der Prozeß wurde vorerst verschoben.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Westberlin 36. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

AG-Weser

Massenentlassungen im Schiffsbau geplant

Nach der Automobilindustrie drohen jetzt auch im Schiffbau Massenentlassungen. Die Betriebszelle der KPD/ML bei AG-Weser berichtet, daß nach ihren Informationen die Geschäftsleitung Mitte Mai die Entlassung von 650 Kollegen beim Betriebsrat beantragt hat.

Heute liegen Tankerriesen in den norwegischen Fjorden, vor der griechischen Küste und in der Geltinger Bucht vor Anker, ohne Aussicht auf Ladung. Die Überproduktion im Tankerbau liegt bei 50%. Bei AGW wurden mindestens zwei Tankeraufträge zurückgezogen, die bisher geforderten Überstunden gestrichen. Um trotz der unerhört verschärften Konkurrenz die Profite zu halten, rationalisieren die Werftbosse radikal durch und das bedeutet Massenentlassung und verschärfte Arbeitshetze für den Rest der Belegschaft. So führte die Geschäftsleitung bei HDW Kiel jetzt das MTM-Antreibersystem ein.

In dieser Situation zeichnet sich die Bedeutung der Roten Betriebsräte ab. Bei AGW stimmte die Mehrheit des Betriebsrates erstmals gegen die Entlassungen. Aber weiter wagten sie nichts, nicht einmal die Kollegen zu informieren. Aber nur entschlossene Kampfmaßnahmen der Belegschaft können Entlassungen verhindern. **Kein Roter Betriebsrat läßt sich dagegen vom Betriebsverfassungsgesetz davon abhalten, sofort seine Kollegen zu informieren, Kampfmaßnahmen mit ihnen zu beraten und sie vor falschen Schritten zu warnen.** Bei AGW haben die Kapitalisten durch die Entlassung der zwei Roten Betriebsratskandidaten rechtzeitig verhindern können, daß Rote Betriebsräte und Kollegen jetzt eine revolutionäre Front gegen die Geschäftsleitung bilden.

Dabei hat sie die volle Unterstützung der D„K"P. Scheinradikal erhebt sie Anklage gegen die AG-Weser-Bosse: „Es ist die Profitpolitik der Werftunternehmer, die die Arbeitsplätze ständig in Gefahr bringt." **Das ist ihre alte revisionistische Linie. Sie leugnen, daß es das kapitalistische System ist, das zwangsläufig Krisen und Arbeitslosigkeit erzeugt. Sie wollen den Kollegen stattdessen weismachen, daß ein Kapitalist im Kapitalismus auch noch etwas anderes betreiben kann als Profitpolitik. Wer so etwas verbreitet, der will die Kollegen auf die falsche Fährte zum Kampf gegen einen einzelnen Unternehmer leiten, um den kapitalistischen Ausbeuterstaat zu retten.**

Nach Streik: Abschiebung

Fortsetzung von Seite 1

Die Demagogie, Ausländer würden den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen, dient den Kapitalisten und DGB-Bonzen nur dazu, die deutschen und ausländischen Arbeiter zu spalten. Die ausländischen Arbeiter sollen nicht als Klassenbrüder, sondern als Konkurrenten angesehen werden, gegen die man seinen Arbeitsplatz verteidigen müsse. Damit wollen diese Bosse und Bonzen natürlich davon ablenken, daß der Kapitalismus selbst die Krisen und Arbeitslosigkeit hervorbringt, und sie fürchten sich davor, daß die deutschen und ausländischen Arbeiter gemeinsam den Kampf gegen ihre Unterdrücker führen.

Die Grundlage der Abschiebung der türkischen Kollegen ist das reaktionäre Ausländergesetz, gegen das Tausende demonstriert haben. Ca. 15 000 ausländische und deutsche Kollegen, Freunde und Genossen demonstrierten im Oktober 1972 in Dortmund dagegen, als es vom Bundestag verabschiedet wurde.

Dieses Ausländergesetz hat genau den Zweck, die politische Unterdrückung der Ausländer zu verschärfen, sie noch rechtloser zu machen und es der Bourgeoisie noch leichter zu machen, sie schamlos auszubeuten und nach Belieben abzuschieben. Jeder Protest, jedes Aufmucken gegen die unverschämte Ausbeutung und diskriminierende Behandlung der ausländischen Kollegen kann als Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland ausgelegt werden und ist ein Grund zur Ausweisung. Vor allem fürchtet die Bourgeoisie die Organisierung von ausländischen Kollegen und den Zusammenschluß der deutschen und ausländischen Arbeiter.

So kann die Bourgeoisie den Ausländern die politische Betätigung durch das Ausländergesetz verbieten, indem sie erklärt, daß dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder gestört wird. So sind schon zig Ausländer abgeschoben worden und Organisationen wie die Generalunion Palästinensischer Arbeiter (GUPA) und Studenten (GUPS) verboten worden.

Die Grundrechte sind für die ausländischen Arbeiter eingeschränkt. Z.B. das Recht auf Freizügigkeit ist nur den Deutschen vorbehalten. Die Bourgeoisie kann den ausländischen Kollegen verbieten, sich in Westdeutschland frei zu bewegen und sie an einem Ort festsetzen, indem sie die Aufenthaltsgenehmigung auf z.B. einen Ort beschränkt. Selbst das Recht mit ihrer Familie zusammenzusein ist für die Ausländer eingeschränkt worden. Erst im Februar hat die Regierung beschlossen, daß die Einreise von Familienangehörigen ausländischer Kollegen unmöglich gemacht bzw. ungeheuer erschwert werden soll.

Nicht nur, daß die ausländischen Kollegen politisch unterdrückt und entrechtet werden, es wird gegen sie eine unverschämte rassistische Hetze entfaltet, um einen Keil zwischen die deutschen und ausländischen Arbeiter zu treiben. Für die Bourgeoisie sind die Ausländer reine Arbeitstiere und Sklaven, die sie leichter und noch schärfer auspressen als die deutschen Kollegen.

Die Abschiebung der türkischen Kollegen soll natürlich auch als abschreckendes Beispiel dienen, damit die Kollegen sich nicht gegen die verschärfte Unterdrückung, gegen Rationalisierungsterror in den Betrieben wehren. Die Bourgeoisie hat gemerkt, daß trotz des Ausländergesetzes die Kollegen sich gewehrt haben, sie standen in den Streiks 1973 mit in vorderster Front, und sie wehren sich auch jetzt und werden sich enger mit den deutschen Arbeitern zusammenschließen.

Die modernen Revisionisten der D„K"P, die Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse haben sich eine unerhörte Provokation geleistet. „Maoisten liefern türkische Kollegen ans Messer!" So hieß eines ihrer Flugblätter in Nürnberg und Fürth. Schützend stellen sie sich vor den Staatsapparat und behaupten: Verantwortlich für die Abschiebungen und Entlassungen sei nicht der kapitalistische Staatsapparat und die Kapitalistenklasse, sondern „gewissenlose Polit-Gangster" und die türkischen Kollegen selber, weil sie auf diese Leute hereingefallen seien. Diese üble Hetze hat keinen anderen Zweck, als die Kollegen abzuhalten, für ihre Interessen gegen die Kapitalistenklasse und den Staatsapparat unversöhnlich zu kämpfen, deshalb versuchen sie die Kollegen auch ständig auf Verhandlungen mit den Kapitalisten festzulegen.

Auch wenn die Abschiebung der ausländischen Kollegen bisher nicht verhindert werden konnte, so muß der Kampf für ihre Freilassung weitergeführt werden, so müssen diese Angriffe auf die Arbeiterklasse bekanntgemacht werden, damit jeder Kollege erkennt, wie notwendig die Einheit der deutschen und ausländischen Arbeiter ist. **Die Worte von Karl Marx und Lenin gelten heute noch: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!" Wir müssen uns noch mehr mit unseren ausländischen Kollegen zusammenschließen und gemeinsam mit ihnen gegen den Imperialismus kämpfen.**

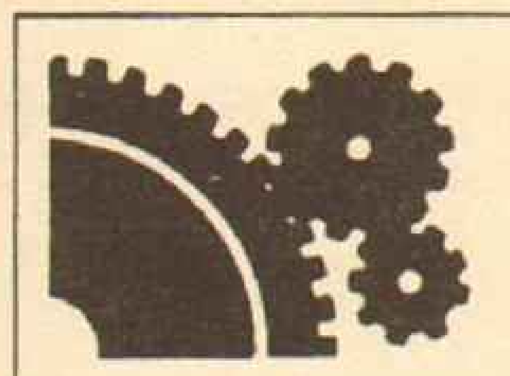
Kampf der Kalletal-Arbeiter lächerlich gemacht

Hungerstreik fürs Fernsehen

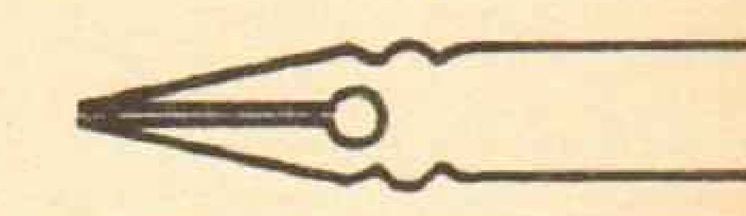
Vom gemeinsamen Wohlwollen sowohl der Bildzeitung als auch der UZ begleitet, haben sich die acht Betriebsräte von DEMAG-Kalletal in Düsseldorf drei Tage lang zum Hungerstreik niedergelassen.

Ein Campingwagen wurde bereitgestellt, das Fernsehen, die Fotografen und die Schreiberlinge der bürgerlichen Zeitungen eingeladen, um die werbewirksame Aktion richtig auszuschlachten. Und selbstverständlich gab es dafür auch den Segen des IGM-Apparates und der Landesregierung von NRW, die ihren neuen Arbeitsminister, den ehemaligen DGB-Bonzen und Experten für den Mitbestimmungsschwindel Farthmann schickte, um diesen Segen zu überbringen.

Ein abstoßendes und widerliches Schauspiel, an dem sich die Kollegen nicht beteiligt haben, das angeblich veranstaltet wurde, um die Schließung des Werkes und die Entlassung von über 500 Arbeitern zu verhindern, das in Wirklichkeit aber nur inszeniert wurde, um die Kollegen, die schon einmal in mutigem Kampf das Werk besetzt und gegen die Entlassungen gestreikt haben, vom entschlossenen Kampf abzuhalten. Mit der verräterischen Taktik, die IGM-Betriebsräte und der Apparat eingeschlagen haben, um den Kampf der Kollegen abzuwürgen, haben sie vorläufig Erfolg gehabt. Auf die Dauer aber werden sie mit solchen Aktionen keinen Erfolg haben, werden sich die Arbeiter gegen den arbeiterfeindlichen IGM-Apparat zum Kampf zusammenschließen.



Arbeiterkorrespondenzen



Verschärfte Arbeitshetze und Kurzarbeit beim Bochumer Verein

Ich arbeite im Bochumer Verein, der zu Krupp gehört. Der Geschäftsbericht von Krupp für das Jahr 1974 zeigt, daß die Krupp-Kapitalisten 1974 rund dreimal mehr Gewinn gemacht haben wie 1973. Dabei wird auch klar, wie sehr die Krupp-Bosse die Ausbeutung verschärft haben. Obwohl die Belegschaftsstärke nur geringfügig um ca. 2% stieg, stieg die Produktion von Roheisen um 11%, von Rohstahl um 5%, von Walzstahl um 6% usw.

Jetzt haben wir hier im Bochumer Verein seit einiger Zeit Kurzarbeit. Noch wissen wir nicht genau, wie groß der Lohnausfall durch die Kurzarbeit sein wird. Die Abrechnung für Mai kommt erst am 9. 6. Viele Kollegen befürchten, daß es mehr als 40-70 DM sind, wie bei Einführung der Kurzarbeit behauptet wurde. Fest steht auf jeden Fall, daß manche Kollegen durch den Ausfall von Überschichten, Samstags- und Sonntagsarbeit bis zu 300 DM weniger haben.

Die Betriebsleitung nutzt die Kurzarbeit vor allem zur Verschärfung der Arbeitshetze und zur Durchsetzung von Rationalisierungsmaßnahmen. So waren bis vor kurzem als Materialprüfer immer zwei Kollegen, in der Frühschicht manchmal sogar drei da. Jetzt muß ein Kollege alleine die gleiche Arbeit machen. Im Kaltwalzwerk haben normal pro Schicht 10 Schlosser gearbeitet. Jetzt ist es vorgekommen, daß der Meister und ein Schlosser die Arbeit machen mußten. Ich selbst werde jetzt jeden zweiten oder dritten Tag an einen anderen Arbeitsplatz geschickt, wo gerade viel zu tun ist.

Der Kurzarbeitsplan selbst wird dauernd geändert, so daß man sich überhaupt nichts vornehmen kann. Bei mir beispielsweise wurde der Plan schon zweimal geändert. In vielen Fällen heißt es z.B. Kurzarbeit von Montag bis Donnerstag oder von Dienstag bis Freitag, dann muß man für einen Tag in den Betrieb. Diese Schikane und die verschärfte Arbeitshetze ruft die Empörung vieler Kollegen hervor. Viele Kollegen schimpfen auf die jetzt deutlich zu Tage tretende Anarchie der Produktion im Kapitalismus. Manche haben natürlich Illusionen und meinen, das hinge mit der Politik der Regierung oder einer der bürgerlichen Parteien zusammen. Aber viele sehen klar, daß es die Krise in der ganzen kapitalistischen Welt gibt, völlig unabhängig davon, welche Partei an der Regierung ist.

Privattoilette für Betriebsratsbonzen

9. 5. 75

Im Dezember '74 haben meine Kollegen und ich den Schuppen 51 renoviert. Von Anfang an wurde von oben klargestellt, daß wenig Geld da ist. So wurde an allen Ecken und Enden gespart. Schließlich waren alle Klempner- und Malerarbeiten fix und fertig; da kommt einer mit Regenmantel und weißem Helm, um sein neues Büro im Erdgeschoß von Schuppen 51 A zu besichtigen: der Betriebsrat. Sogar eine eigene Toilette hat der bekommen. Doch etwas paßt ihm an der Sache nicht: „Was, darin soll ich mir die Hände waschen? Dieses Waschbecken ist viel zu klein, das kann unmöglich so bleiben!" Wütend verschwindet er. Was geschieht? Wir müssen das neu gesetzte Waschbecken wieder aus der Wand reißen und extra für diesen Stinkstiefel ein größeres einbauen.

So sind diese Herren „Arbeitervertreter": Ein kurzer Blick in die Räume der Kollegen: „Alles bestens, Kollegen, das ist ja prima geworden!" Mit diesem Schnack geht's ab zur Hauptsache seines Besuchs: Sein Betriebsratsbüro, seine Privattoilette. Da wird gemäkelt, da darf nichts fehlen, nichts kann da gut genug sein!

Und die Hafenbosse? Die wissen genau, was sie an diesen Speichelleckern haben: Bei den Kollegen wird gespart, aber hier: „Noch Wünsche, Herr Betriebsrat? Aber selbstverständlich! Wird sofort erledigt . . ."

Meint ihr, der vertritt eure Interessen? Angeschissen seid ihr! Da gibt's nur eins: Bloß weg mit diesen Typen!

Ein Kollege aus dem Hamburger Hafen.

Ausländische Kolleginnen-"billige"Ware für den Staat

Wie ich erfahren habe, sind im Bundeswehrkrankenhaus in Gießen jetzt ca. 10-15 koreanische Krankenschwestern eingestellt worden. In Gießen herrscht zur Zeit genau wie anderswo eine starke Arbeitslosigkeit. Im Moment sind allein 3 000 Jugendliche arbeitslos, und es gibt viele, die gerne Krankenpfleger erlernen würden. Der Staat hat die koreanischen Krankenschwestern eingestellt, weil er sie niedriger bezahlen kann als die deutschen Jugendlichen und er nutzt ihre Unkenntnis über die Gesetze, über die Lebensgewohnheiten usw. aus und versucht damit auch gleichzeitig einen Keil zwischen die deutschen und ausländischen Kollegen zu treiben. In diesem Krankenhaus herrscht der Kommandostil der Bundeswehr auch bei den Zivilangestellten. Der Staat erhofft sich, daß die Koreanerinnen, gerade weil sie Ausländer sind und noch viel weniger Rechte haben als die deutschen Kollegen, sich das eher gefallen lassen.

Es stimmt eben, was die KPD/ML im letzten Extrablatt des ROTEN MORGEN schreibt: Arbeitslosigkeit ist ein Grundübel des Kapitalismus. Die Kapitalisten interessiert nur ihr Profit und dafür behandeln sie unsere ausländischen Kollegen wie „billig Ware".

Deutsche und ausländische Arbeiter – eine Klasse, eine Kampffront! Rot Front!

Revisionistisches

SO EIN HAMMER, WAS'N JAMMER!

Für den 11. Juni rief die D„K"P die Studenten zu einem Sternmarsch nach Dortmund auf, um für bessere Studienbedingungen zu „kämpfen" – Gegenwärtig ist die Situation an den Universitäten durch wachsende Empörung und Kämpfe der Studenten gegen den Abbau der Studienhilfe, die Auflösung der verfaßten Studentenschaft und das Verbot von Büchertischen mit marxistisch-leninistischer Literatur gekennzeichnet.

Das ganze Bemühen der D„K"P zielt darauf ab, diesen berechtigten Kämpfen den revolutionären Inhalt zu nehmen. Statt den Kampf gegen den kapitalistischen Staatsapparat zu richten, der die materielle Verschlechterung und politische Unterdrückung der Studenten im Interesse der Monopole betreibt, fordert die D„K"P die Studenten auf, dem Staat nur ordentlich die Ohren vollzujammern, damit er ihre Forderungen erfüllt. Eigens zu diesem Zweck will sie den Studenten folgendes „Marschlied" unterschieben:

Lied zum Sternmarsch 1975 (aus: UZ vom 10. 6. 1975, auf die Melodie: „Ick heww mol een Hamborger Veermaster sehn . . .")

In'n Hörsaal paßt kein Mensch mehr rein,
was'n Jammer, was'n Jammer,
bald ist der Marktplatz auch zu klein,
was'n Jammer, was'n Jammer,
Das Bafög ist ein Gnadenbrot,
was'n Jammer, was'n Jammer,
reicht nicht für's Leben, nicht für'n Tod,
so ein Ha-a-a-ammer!
Refrain:
Doch jeder neue Skandal
vergrößert unsre Zahl!
Uns bremst kein Geschwätz, wir machen uns jetzt
nach Dortmund auf die Socken!

Es genügt der D„K"P nicht, den Kampf der Studenten bewußt in eine Niederlage zu führen. **Mit ihrem Wimmerschinken verhöhnen sie in übelster Weise die Kampfbegeisterung der Studenten, die sich auch in ihrer Freude an revolutionären Liedern ausdrückt. Heimtückisch verabreichen sie der Jugend das Gift der bürgerlichen Pop-Musik, indem sie es mit ihrer revisionistischen Politik mischen oder mißbrauchen dazu wie in diesem Fall beliebte Volkslieder.** Damit beweist die D„K"P, was sie in Wirklichkeit ist: ein Mittel der Bourgeoisie, die in einem kommunistischen Tarnanzug die Arbeiterklasse und insbesondere die vorwärtsdrängende Jugend vom Kampf um eine Zukunft frei von Ausbeutung und politischer Unterdrückung abhalten und in den bürgerlichen Pop-Sumpf ziehen soll. Die Studenten dürfen diesen Rattenfängern keineswegs folgen, sondern müssen die modernen Revisionisten an den Hochschulen isolieren.

KEIN GRUND ZUR BEUNRUHIGUNG

In einer Kölner Betriebszeitung gab die D„K"P eine offenherzige Enthüllung des wahren Charakters ihrer „Aktion Preisstopp". In einer gestellten Diskussion zwischen der D„K"P und einem „dummen Arbeiter" fragt dieser besorgt, ob nicht ein Preisstopp bei steigenden Löhnen den Profit der Kapitalisten antasten würde. Die D„K"P-Zeitung „der Motor" beruhigt: „Erstens haben wir nach jedem Tarifabschluß sowieso ein Jahr Lohnstopp und zweitens verdient der Unternehmer noch satt und genug. Wir produzieren ja mit immer weniger Leuten immer mehr Zeug." Es besteht also kein Grund zur Beunruhigung für die Kapitalisten, wenn die D„K"P „den Konzernherren an den Kragen" geht. **Das ist in der Tat ein (so Mies über die „Preisstopp-Aktion" der D„K"P) „konstruktiver und realistischer Vorschlag", nämlich Lohnstopp und Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiterklasse!**

Uni München: Trotz Polizeiterror

Vollversammlung durchgesetzt

An der Ludwig Maximilian Universität München wurde am 4. 6. erfolgreich eine Studentenvollversammlung abgehalten, zu der der Fachschaftszentralrat, der KSB/ML und andere Organisationen aufgerufen hatten. Die Uni-Bürokratie versuchte diese Versammlung zu verhindern, sie sperrte den Studenten die Aula, in der früher immer Vollversammlungen abgehalten worden sind.



Die Studenten bei der Vollversammlung im Lichthof der Universität München

Die Studenten ließen sich aber ihre Vollversammlung nicht nehmen, ca. 150 Studenten versammelten sich im Lichthof der Universität. Jetzt griff die Uni-Bürokratie zur Staatsgewalt. Polizei rückte an und postierte sich mit mehreren Hundertschaften an den Seiten des Lichthofes.

Im Gegensatz zu den modernen Revisionisten des „M"SB, die tagszuvor eine sogenannte Vollversammlung mit 30 Leuten durchführen wollten, ließen sich die Studenten nicht wie wehrlose Lämmer von der Polizei wegtragen.

Die Studenten formierten sich zu einem geschlossenen Demonstrationszug, der durch die Uni zog und mit lauten Parolen auf den Polizeiterror aufmerksam machte. Ganz am Anfang, als der Zug noch relativ klein war, gelang es der Polizei, den Zug anzugreifen und einige Studenten festzunehmen.

Die Studenten unterbrachen ihr Studium, kamen aus den Hörsälen heraus, viele schlossen sich auch dem Demonstrationszug an. Durch den Mut und die Kampfentschlossenheit der Studenten gelang es der Polizei nicht, weitere Angriffe erfolgreich zu führen, dazu kam auch, daß die Polizei sich in der Uni überhaupt nicht orientieren konnte, was richtig von den Studenten ausgenutzt worden ist. Als der Zug zum Lichthof zurückgekehrt war, war er auf 500 Studenten angewachsen. Viele Studenten standen auch dicht gedrängt auf den Treppen und Galerien, um zu erfahren, was passiert war, sie beteiligten sich dann an der Vollversammlung, die jetzt weitergeführt wurde. Die Polizei wagte es nicht, die Versammlung aufzulösen.

Nach dieser Vollversammlung wurde wieder ein Demonstrationszug gebildet, der durch die umliegenden Straßen um die Uni zog und die Bevölkerung über den Polizeieinsatz und seine erfolgreiche Durchbrechung informierte.

Diese Aktion war ein großer Erfolg der Studenten. Sie gaben durch ihr entschlossenes und militantes Auftreten eindeutig zu verstehen, daß sie nicht gewillt sind, das Verbot ihrer politischen Betätigung, das Raum- und Vollversammlungsverbot innerhalb der Uni sowie die Abschaffung der verfaßten Studentenschaft, die politischen Unterdrückungsmaßnahmen durch das Bundeshochschulgesetz und die zunehmende Faschisierung durch den Staatsapparat kampflos hinzunehmen.

Angriff auf den Marxismus-Leninismus

Kampf dem Büchertischverbot

An den Hochschulen, besonders in Würzburg, Kiel und Westberlin versucht der Staatsapparat verstärkt den Verkauf marxistisch-leninistischer Literatur zu verhindern. An mehreren Hochschulen bestehen seit längerem Verbote, sei es als Bestandteil der „Hausordnung für die Mensa" wie in München oder in Form von „Gebäudenutzungsrichtlinien" wie in Kiel. In jedem Fall stellt das Hochschulrahmengesetz die Grundlage dar, auf der diese Verbote erlassen werden. Ihre Durchsetzung scheiterte bisher am starken Widerstand der Studenten. Besonders in Würzburg, wo die Universitätsbürokratie mit Hilfe von Spitzeln, Polizei und Justiz das Verbot durchsetzen will, haben sich die Kämpfe in den letzten Monaten zugespitzt.

Der KSB/ML berichtet:

Am Mittwoch, den 26. 2., kurz vor den Semesterferien, kam es im Kampf gegen das Büchertischverbot zu einem vorläufigen Höhepunkt, nachdem in der Woche zuvor ein Genosse vom Büchertisch weg in Handschellen zur Personalienfeststellung abgeführt worden war. Obwohl der Vorsitzende des Studentenwerkes, Bressel, einen Tag zuvor in einem Flugblatt einen Polizeieinsatz ankündigte, obwohl Genossen durch gerichtliche Verfügung für diesen Tag das Betreten der Mensa untersagt worden war, wurde das Büchertischverbot vom KSB/ML und anderen fortschrittlichen Organisationen unter dem Schutz von Hunderten Studenten, die aus Solidarität in die Mensa gekommen waren, erfolgreich durchbrochen. Die Verantwortlichen wagten keinen Großeinsatz der Polizei. Am Nachmittag aber wurden hinterrücks 5 Genossen, die von Bressel denunziert worden waren, im menschenleeren Park von Zivilpolizisten mit gezogener Pistole überfallen und verhaftet. Inzwischen haben sie einen Strafbefehl über 200 DM wegen „Hausfriedensbruch" erhalten.

Nach den Semesterferien begann der KSB/ML sogleich erneut mit der Schmiedung der Solidaritätsfront. Unter den Parolen: Brecht das Büchertischverbot! Kampf der zunehmenden politischen Unterdrückung! Freiheit für die politische Agitation und Propaganda! gingen sie mit dem „K"SV eine Aktionseinheit ein und sind dabei, auf dieser Grundlage auch ein Aktionskomitee aufzubauen.

In einem Flugblatt machte der KSB/ML klar, wie der Kampf geführt werden muß: Nicht nur gegen den bürgerlichen Staatsapparat mit seinen Organen, sondern auch gegen die Feinde in den eigenen Reihen, besonders den „M"SB-Spartakus und die D„K"P Hochschulgruppen. Sie stellen das Verbot als Schikane des „moralisch verkommenen Kultusministers" hin – die alte Linie vom „Rechtskartell".

Dagegen zeigt der KSB/ML auf: **Das Büchertischverbot ist ein Mittel des bürgerlichen Staatsapparates im Kampf gegen die kommunistische Agitation und Propaganda. Die Bourgeoisie fürchtet, daß sich die Studenten die marxistisch-leninistische Wissenschaft aneignen und sich nicht mehr mit ihrer bürgerlichen „Wissenschaft" vollstopfen lassen. Sie fürchtet, daß sich immer größere Teile der Studenten mit dem Proletariat verbünden und an seiner Seite und unter Führung der Kommunistischen Partei für die Zerschlagung des bürgerlichen Unterdrückungsapparates und für die sozialistische Revolution kämpfen.**

Sternmarsch unter Führung der Revisionisten

Ca. 20 – 30 tausend Studenten demonstrierten am Mittwoch letzter Woche in Dortmund. Aufgerufen hatte der „M"SB Spartakus, die Studentenorganisation der modernen Revisionisten der D„K"P, **die an die berechtigten Forderungen der Studenten nach Erhöhung der Studienhilfe anknüpfen, um in Wirklichkeit die Studenten vom revolutionären Kampf für ihre Interessen an der Seite der Arbeiterklasse abzuhalten.**

Der Kommunistische Studentenbund/Marxisten-Leninisten hatte zum Boykott aufgerufen. Während der Demonstration haben Genossen des KSB/ML Kundgebungen gegen den Verrat der modernen Revisionisten abgehalten, Flugblätter verteilt und den ROTEN MORGEN verkauft. Angesichts der vielen Studenten wagten die D„K"P-Schläger nicht einzugreifen.

In einem Flugblatt schreibt der KSB/ML: **„Aber der „M"SB will nicht einmal „etwas" am Kapitalismus ändern, er will ihn erhalten, das ist sein Ziel, das er auch mit dem Sternmarsch verfolgt! Ein Bildungssystem im Interesse der Arbeiterklasse wird es nur in einem Staat geben, in dem die Arbeiterklasse die Macht hat, in einem sozialistischen Staat. Das ist der Kernpunkt, den der „M"SB bewußt verschweigt, um uns vorzumachen, in einem imperialistischen Staat könne es ein Bildungssystem geben, das dem Volk dient."**

Vom Aufbau des Sozialismus

STUDENTEN IN DER VR CHINA

In Übereinstimmung mit dem Prinzip: „Das Bildungswesen muß der Politik des Proletariats dienen, muß mit der produktiven Arbeit verbunden werden", hat das neue Bildungssystem in den chinesischen wissenschaftlichen und technischen Hochschulen nach einigen Jahren Erprobung in der Revolution im Erziehungswesen allmählich Gestalt angenommen. Das neue System verbindet den Unterricht mit produktiver Arbeit und wissenschaftlicher Forschung.

Dank der guten Verbindungen zwischen Hochschulen, Fabriken und ländlichen Volkskommunen ist heute in China die Hochschulbildung mit den drei großen revolutionären Bewegungen in der Gesellschaft – Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren – eng verknüpft. 67 befragte Hochschulen hatten 1974 mit 2825 Fabriken, Bergwerken und Volkskommunen Kontakt. Wenn es für den Unterricht notwendig ist, gehen die Studenten und Lehrer in die Produktionseinheiten, mit denen sie in Verbindung stehen.

Die von den Hochschulen betriebenen Fabriken sind die Basen, in denen Lehrer und Studenten den Unterricht, die produktive Arbeit und die wissenschaftliche Forschung vereinigen. In ihnen wird sowohl unterrichtet und wissenschaftlich geforscht als auch verschiedene Erzeugnisse für den Staat produziert. Eine Fabrik für elektronische Meßgeräte und Instrumente der Peking-Universität hat unter Mitwirkung anderer Einheiten einen großen Digitalcomputer mit integrierter Schaltung gebaut, der eine Million Operationen pro Sekunde machen kann.

Dank der Einführung des neuen Bildungssystems, das die Theorie im Unterricht mit produktiver Arbeit verbindet, lösen sich die Studenten nicht mehr von den Arbeitern und Bauern sowie von der produktiven Arbeit los, wie das früher der Fall war. Das hilft ihnen, das sozialistische Bewußtsein und die Fähigkeit zur Analyse und Lösung von Problemen zu erhöhen.

Nach dem Prinzip: „Das Bildungswesen muß der Politik des Proletariats dienen" richtet sich auch die Auswahl der Studenten. Im Jahre 1974 wurden im ganzen Land mehr als 167 000 junge Arbeiter, Bauern und Soldaten mit praktischen Erfahrungen zum Studium ausgewählt.

Vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution war die Aufnahmemethode unter dem Einfluß der revisionistischen Linie im Erziehungswesen so, daß die neuen Studenten aus den Mittelschulabsolventen eines Jahrganges aufgrund einer guten Note bei der Aufnahmeprüfung ausgewählt wurden. Eine große Anzahl von jungen Arbeitern, Bauern und Soldaten wurden dadurch von den Hochschulen ausgeschlossen. Heute werden in China die Studenten aus den Reihen der hervorragenden jungen Arbeiter und Bauern mit reichen praktischen Erfahrungen ausgewählt. Die meisten von ihnen sind Mittelschulabsolventen, die zwei Jahre oder länger in den Volkskommunen gearbeitet oder in der Armee gedient haben. Sie werden von den Massen ihrer Arbeitsstelle aufgrund ihres sozialistischen Bewußtseins und der politischen Qualität empfohlen, durch die lokale Führung genehmigt und nach der Überprüfung durch die entsprechende Hochschule zum Studium zugelassen.

Besonderen Wert legt das chinesische Volk auf die Auswahl junger Mädchen zum Studium. In der Provinz Kuangtung z. B. wurden im vergangenen Jahr 8% mehr Mädchen zum Studium zugelassen als 1973. Auch Jugendliche aus nationalen Minderheiten, die vor der Befreiung besonders unterdrückt waren, werden verstärkt zum Hochschulstudium herangezogen.

Nach Beendigung ihres Hochschulstudiums kehren die Studenten in die Volkskommunen und Fabriken zurück, aus denen sie gekommen sind, um ihr neuerworbenes Wissen in den Dienst der Arbeiterklasse und der Bauern zu stellen. Sie spielen bei der Förderung der Produktion eine große Rolle, weil sie mit den lokalen Bedingungen vertraut sind und gewisse wissenschaftliche theoretische und technische Kenntnisse besitzen. „Ihre Kleider sind staubig und ihre Hände sind schwielig, aber sie sind die Agrotechniker, die wir brauchen", charakterisieren Mitglieder der Volkskommunen die Hochschulabsolventen, die in ihr Dorf zurückgekehrt sind.

Die modernen Revisionisten sind Saboteure am Befreiungskampf der Völker

Die Geschichte einer Medikamentensammlung

Mit dem zunehmenden Kampf der Völker gegen Imperialismus und insbesondere gegen die Vorherrschaftspolitik der beiden Supermächte USA und Sowjetunion, haben auch diejenigen ihre Anstrengungen vervielfacht, deren Ziel es ist, den Kampf der Völker zu sabotieren, zu verraten und zu spalten: die modernen Revisionisten. Viele Menschen haben dennoch Illusionen über diese Saboteure und Spalter. Auch wenn sie erkennen, daß die Revisionisten der D„K"P mit dem Kampf für die proletarische Revolution nichts gemeinsam haben, daß in der Sowjetunion und der DDR und den anderen revisionistischen Ländern kein Sozialismus mehr herrscht, sondern ein sozialfaschistisches Regime der neuen Bourgeoisie dieser Länder, so meinen dennoch viele Menschen, daß die Revisionisten immerhin doch den Kampf der Völker gegen Imperialismus unterstützen würden. Die revisionistische D„K"P zum Beispiel durch Demonstrationen, Sammlungen usw. Die Wahrheit dagegen ist, daß die modernen Revisionisten derartige Aktionen lediglich dazu durchführen, um die Bewegung unter den Werktätigen unseres Landes zur Unterstützung der kämpfenden Völker in falsche Bahnen zu lenken, die Bewegung zu ersticken und ihre Kampfkraft zunichte zu machen. Die Geschichte einer Medikamentensammlung, die die modernen Revisionisten für Chile veranstalteten, über die uns Aachener Genossen im folgenden berichten, bestätigt das in aller Eindringlichkeit.

Als der faschistische Putsch in Chile hier bei uns in aller Munde war, da gab es in vielen Städten sogenannte „Chile-Komitees". In ihnen vereinigten sich die Revisionisten der D„K"P mit den Trotzkisten der GIM. Mit von der Partei waren natürlich auch die „Freunde' vom „K"BW, vom „K"ABD und allen möglichen opportunistischen Gruppen.

Waren es in Chile doch gerade die modernen Revisionisten gewesen, die mit ihrer Theorie von der „friedlichen Zurückdrängung" des Imperialismus das Volk militärisch, politisch und ideologisch entwaffnet und damit dem Faschismus ans Messer geliefert hatten, so entfalteten sie jetzt einen großen „Solidaritätsrummel", der den Schein erwecken sollte, daß allein die modernen Revisionisten es seien, die mit dem chilenischen Volk wirklich solidarisch seien. In Wahrheit aber sollte der Rummel der „Chile-Komitees" nur eines bezwecken: abzulenken von der Lehre, die die Völker durch die Niederlage des chilenischen Volkes erneut bestätigt sahen: daß der Imperialismus nur mit dem Gewehr in der Hand besiegt werden kann. Diese Wahrheit zu verleugnen, waren sich D„K"P-Revisionisten und die Opportunisten aller Schattierungen einig. Die Taktik, die sie in ihrer „Solidaritätskampagne" einschlugen, war klar: möglichst viele Aktivitäten entfalten, damit möglichst wenige Menschen den reaktionären Kern dieser „Solidarität" erkennen.

Eine dieser Aktivitäten war eine bundesweite Medikamentensammlung. Nun ist es nicht so, daß wir etwa gegen Medikamentensammlungen wären. Doch für die Revisionisten kam es überhaupt gar nicht darauf an, mit dieser Sammlung den Kampf des chilenischen Volkes zu unterstützen, sondern lediglich sich selbst und ihre revisionistischen Lügen in Pose zu setzen. Das wird jeder klar erkennen, wenn er den Weg dieser Medikamentensammlung verfolgt.

TAUSENDE MENSCHEN SAMMELTEN MEDIKAMENTE – DIE REVISIONISTEN LASSEN SIE VERROTTEN!

Das „Chile-Komitee' Aachen war die Sammelstelle für die Medikamente. Von dort aus, so behaupteten die Revisionisten, sollten sie weiter nach Chile geschickt werden. Es kamen tatsächlich große Mengen Medikamente an. Knapp geschätzt hatte die Sammlung einen Wert von über 750 000 DM. Doch war das gewiß nicht auf die modernen Revisionisten zurückzuführen, sondern darauf, daß große Teile der Bevölkerung ehrlich den Kampf der Völker für ihre Befreiung unterstützen wollen' Was passierte nun aber mit den Medikamenten? Es wurde eine Garage gemietet, die Sammlung wurde in Müllbeutel verpackt und dort gelagert – und dann geschah überhaupt nichts mehr. Die bürgerliche Presse berichtete immer weniger von Chile, die „Chile-Komitees" schliefen langsam ein. Die Revisionisten schienen ihr Ziel erreicht zu haben, die Bewegung, die sich für den Kampf des chilenischen Volkes entwikkelt hatte, abgewürgt zu haben.

Die Medikamente aber gammelten in der Garage vor sich hin, einige wurden unbrauchbar, da Medikamente ja nur begrenzt haltbar sind. Medikamente, die Tausende Menschen mühsam gesammelt hatten, Medikamente, die die kämpfenden Völker so dringend benötigen, Medikamente im Wert von über einer dreiviertel Million Mark! Die Medikamente würden wohl noch heute in dieser Garage liegen – verfault – wenn nicht der Garagenbesitzer nach längerer Zeit endlich wieder sein Auto darin hätte parken wollen und wenn nicht Genossen des Nahostkomitees Aachen die Initiative übernommen hätten. Und die revisionistischen „Chile-Komitees' ? Sie dachten auch jetzt nicht daran, die Medikamente weiter zu sammeln, sondern forderten von dem Aachener Nahostkomitee eine Beteiligung der Garagenmiete und waren dann heilfroh, die Medikamente los zu sein.

Ein unglaublicher Vorfall, der jedoch zwei Dinge in aller Eindringlichkeit deutlich macht: Daß die modernen Revisionisten ein lautes Geschrei von „Solidarität" und „Internationalismus" anstimmen, um sich das Vertrauen der Massen zu erschleichen und mit diesen widerlichen Täuschungsmanövern die antiimperialistische und internationalistische Bewegung unter den Massen in den Griff zu bekommen, um deren Kampf niederschlagen zu können. Zum anderen aber, daß die Revisionisten elende Saboteure am Befreiungskampf der Völker sind und damit dem Imperialismus einen Großteil – oft den entscheidenden Teil der Drecksarbeit bei der Unterjochung der Völker abnehmen.

Die Genossen des Nahostkomitees aber sortierten nun die Medikamente. Dabei stellte sich heraus, daß viele wegen unsachgemäßer Lagerung unbrauchbar geworden waren. Das Nahostkomitee beschloß: die Medikamente gehen an die kämpfenden Völker im Golfgebiet, besonders nach Oman-Dhofar. So stellten sie eine erste Sendung von über 80 Kartons im Wert von über 500 000 DM fertig. Weil die Genossen aber nicht wußten, wie sie die Solidaritätssendung ins Golfgebiet bekommen konnten, wandten sie sich an die Botschaft der VR Jemen in der DDR, die sich sofort bereit erklärte, den Transport von Ostberlin aus zu übernehmen.

DIE „SOLIDARITÄT" DER DDR-REVISIONISTEN

Nun war die Hauptaufgabe, wie man die Medikamente am besten und am billigsten nach Ostberlin bringt. Einige Mitglieder des Nahostkomitees wandten sich an die ständige Vertretung der DDR in Bonn. Der zuständige Mann versprach auch, daß ein LKW der „Deutrans", der sowieso regelmäßig durch Aachen kommt, die Sendung mitnehmen würde. Nach Rückfrage beim „Deutrans"-Kontor in Hamburg kam dann auch bald ein LKW vorbei und nahm die Sendung mit. Ziemlich bald erhielt das Nahostkomitee Aachen ein Dankschreiben der Botschaft der VR Jemen und eine Bestätigung, daß die Sendung nach Aden unterwegs ist.

Was die Revisionisten in der DDR aber unter „internationaler Solidarität" verstehen, zeigt sich schon wenige Wochen später. Plötzlich kommt ein Schreiben der „Deutrans", in dem sie sich zynisch für den Auftrag bedanken und gleichzeitig eine Rechnung in Höhe von über 1 500 DM ausstellen. Inklusive Zollgebühren – versteht sich! Als die Genossen des Nahostkomitees auf diesen unverschämten Brief nicht reagieren, kommt wenige Wochen später ein weiterer Brief: eine Mahnung, in der gleichzeitig gerichtliche Schritte angedroht werden!

REVISIONISTEN – SABOTEURE AM BEFREIUNGSKAMPF DER VÖLKER!

An diesem Punkt entwickeln sich dann auch die Auseinandersetzungen im Nahostkomitee. Einige Genossen, Sympathisanten des „K"ABD und des „K"BW, meinen, man sollte den Betrag stillschweigend bezahlen. Die revolutionären Genossen aber meinen, daß man gegen diese Provokation der DDR-Revisionisten kämpfen muß und auf keinen Fall zurückweichen darf. Die Opportunisten im Nahostkomitee setzten sich indes mit einem arabischen Staat in Verbindung, der die Bezahlung der Rechnung versprach. Sicherlich danken auch wir herzlich diesem Staat für seine Unterstützung. Aber wir kritisieren mit aller Entschiedenheit das Zurückweichen von den Opportunisten des „K"BW und des „K"ABD. Denn der moderne Revisionismus wird nicht geschlagen, indem man Stillschweigen über seine Schandtaten bewahrt, sondern wir müssen die Demagogie der DDR-Revisionisten in aller Öffentlichkeit entlarven. Wir haben vor dem Prozeß mit den Schwindlern der DDR keine Angst. Im Gegenteil, es wäre eine gute Möglichkeit, diese Gauner, die sich „Kommunisten" nennen, zu entlarven als das, was sie sind: Handlanger des sowjetischen Sozialimperialismus und Helfershelfer bei der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker, die in ihren Reden und Artikeln Worte wie „Sozialismus" und „Solidarität" über die Lippen bringen, um die Völker in die Irre zu führen, in Wahrheit aber Sabotage am Befreiungskampf der Völker begehen.

DAS NAHOSTKOMITEE BEREITET EINE ZWEITE MEDIKAMENTENSAMMLUNG VOR

Inzwischen hatten die Genossen des Nahostkomitees eine zweite Sendung im Wert von gut 100 000 DM vorbereitet, die wiederum nur den einen Weg gehen konnte: über den Weg der Botschaft der VR Jemen in Ostberlin. Als sich einige Mitglieder des Nahostkomitees wiederum an die „Deutrans" wandten, damit die Restsendung nach Ostberlin transportiert werden kann, antwortet die „Deutrans": „Wir danken für den Auftrag, können ihn aber leider in der nächsten Zeit nicht erfüllen." Obwohl jede Woche einige „Deutrans"-LKWs durch Aachen fahren!

Die revolutionären Genossen des Nahostkomitees ließen sich aber nicht davon abhalten, auch die zweite Sendung für die kämpfenden Völker im Golfgebiet auf den Weg zu bringen. Wir mieteten einen LKW, setzten uns mit der Botschaft der VR Jemen in Ostberlin in Verbindung und beschlossen, den Transport selbst durchzuführen. Die Botschaft der VR Jemen setzte sich daraufhin mit dem Außenministerium der DDR in Verbindung und erhielt die Zusage, daß der LKW samt drei Begleitpersonen unbehelligt durch das Gebiet der DDR zur Botschaft fahren darf. Doch das waren nur Worte und Versprechungen der DDR-Revisionisten, die Tatsachen waren andere.

AN DER GRENZE: BEHANDLUNG WIE BEI SCHWERVERBRECHERN

Nachdem wir nachmittags um 16.30 Uhr an der Grenze erschienen waren, wurde uns gesagt: „Warten! Ihre Sache wird geklärt. Wir wissen von nichts." Und das, obwohl uns noch drei Stunden vorher die Botschaft telefonisch versichert hatte nach Rückfrage, daß wir an der Grenze angemeldet sind. Während der ersten vier Stunden, die wir an der Grenze warten mußten, durften wir nicht einmal den völlig ausgekühlten Wagen verlassen, als ob wir Schwerverbrecher seien. Es herrschte die ganze Zeit über Schneeregen. Ein untergeordneter Zöllner, der an unserem Wagen vorbeikam und staunte, daß wir immer noch dastanden, sagte zu uns, als wir ihn fragten, ob wir irgendwo wenigstens eine Tasse Tee trinken dürften: „Wendet Euch an meinen Vorgesetzten, ich kann meinem Vorgesetzten doch nichts sagen, der tritt mir höchstens in den Arsch!"

Nach sechs Stunden Wartezeit schließlich wurde unser Wagen mit 10 Plomben verschlossen und wir konnten endlich den Zoll passieren, mit der Auflage, daß wir sofort am nächsten Morgen um 9 Uhr am Zoll in Ostberlin vorfahren mußten. Durch die ungeheure Verspätung an der Grenze, war es uns dann natürlich nicht mehr möglich, zur Botschaft zu fahren, sondern als wir um 3 Uhr in Ostberlin ankamen, konnten wir sehen, wo wir blieben. Denn Hotelzimmer oder sonstige Schlafplätze werden an der Grenze nicht an Ausländer aus Westdeutschland vermittelt. Und nachts um 3 Uhr ist es in Berlin selbst zu spät, noch eine Unterkunft zu erhalten.

Da bei der geringsten Beschädigung einer der zehn Plomben an unserem LKW nach unseren bisherigen Erfahrungen mit den größten Schwierigkeiten zu rechnen war, fuhren wir zum „Hauptquartier der ,Volks'polizei" um dort den plombierten Wagen über Nacht abzustellen, damit wir uns bezeugen lassen können, daß niemand sich an der Ladung zu schaffen gemacht hat. Hier gewannen wir unseren zweiten Eindruck von diesem angeblichen „Arbeiter- und Bauernstaat". Mit Maschinenpistolen bewaffnete Polizisten patroullierten in kurzen Abständen in Zweiertrupps um das Polizeipräsidium herum und bewachten es. Vor wem? Vor dem Volk!

OSTBERLIN KANN SICH WAHRHAFT MIT JEDER ANDEREN WESTEUROPÄISCHEN HAUPTSTADT VERGLEICHEN!

Natürlich durften wir den LKW nicht auf dem Polizeiparkplatz parken. Wir bekamen die Antwort, wir müßten den Wagen schon selbst bewachen und im übrigen würde morgens früh um 6 Uhr ein Cafe aufmachen, in dem wir uns ja aufwärmen könnten. Mittlerweile waren wir über 24 Stunden auf den Beinen. Während zwei von uns den Wagen bewachten, machte der andere einen Spaziergang durch das Renommierviertel am Alexanderplatz. Die modernen Revisionisten haben Recht: Ostberlin kann sich mit jeder anderen westeuropäischen Hauptstadt vergleichen! Wermutbrüder und Gammler am Bahnhof Friedrichstraße, genau wie in Hamburg oder Köln. Und auch am nächsten Tag wurde dieser Eindruck bestärkt. Während das Gebiet um den Alexanderplatz modern mit Hochhäusern, breiten Straßen und Renommiergebäuden bestückt ist, sieht es in den Arbeitervierteln noch schlimmer als bei uns aus. Alte verfallene Häuser, herunterbröckelnder Putz und abgeplatzte Farbe, kaputte Fenster. Genau wie in allen westlichen Großstädten. Viel Pomp und Prunk nach außen und für die neuen Herren, nicht für das Volk und die Arbeiter.

Als wir dann am nächsten Morgen am Zoll vorfuhren – wir durften nicht vorher zur Botschaft der VR Jemen – wurden uns zuerst wieder einmal, wie schon an der Grenze, alle Papiere abgenommen. Damit waren wir wieder einmal bewegungslos. Und wieder hieß es: „Die sollen warten!" Also wieder warten. Nach einer Stunde wurde uns gesagt, wir dürften jetzt zur Botschaft fahren, von dort müßte dann ein Botschaftsbeauftragter zusammen mit uns zu einem weiteren „Deutrans"-Lager fahren, wo dann auch ein Zöllner wäre, der uns abfertigen würde. Uns war das schon alles egal, wir waren nur froh, endlich zur Botschaft kommen zu können.

DDR-ZÖLLNER: „WIE LANGE SOLL DENN DAS ZEUGS HIER EINGELAGERT WERDEN?"

In der Botschaft der VR Jemen wurden wir sehr freundlich empfangen. Als wir dann mit einigen Botschaftsangehörigen zusammen zum angegebenen „Deutrans"-Lager fuhren, kamen wir durch einige Arbeiterviertel, die völlig verkommen aussahen. Überall sah man Polizeistreifen. Typisch war es dann am Lager. Der Zöllner ließ natürlich auf sich warten. Während wir uns ein wenig mit den Lagerarbeitern unterhielten, merkten wir, wie groß die Furcht bei ihnen war, irgendetwas falsches zu sagen. Sie vermieden es ständig, sich mit uns über irgendwelche politischen Fragen zu unterhalten. Als dann der Zöllner kam und so im Vorbeigehen jemanden anschnauzte, meinte einer der Lagerarbeiter zu uns: „Wenn die nichts zu meckern haben, sind die nicht froh!" Mit überaus arrogantem Gehabe stolzierte der Zöllner dann um den Wagen herum, zählte mehrfach die Plomben nach, überprüfte jede einzelne, ob sie etwa beschäftigt sei. Als er nichts fand, woran er etwas hätte aussetzen können, riß er mit einer geradezu widerlichen Gebärde eine Plombe ab und wies uns an, daß wir nun den Wagen entladen könnten. Während alle, die Lagerarbeiter, die Botschaftsangestellten und natürlich auch wir uns daran machten, den Wagen gemeinsam zu entladen, stellte sich der Zöllner mit verschränkten Armen wie ein kleiner Gott neben uns und beobachtete unsere Arbeit. Geringschätzig fragte er dann nur einmal: „Wie lange soll denn das Zeugs hier eingelagert werden!" – Medikamente im Wert von über 100 000 DM für die kämpfenden Völker und dann diese Haltung von solch einem Kerl! Das ist die DDR-„Solidarität"!

Als wir zur Botschaft zurückkamen, hatte dort das Außenministerium der DDR angerufen und festgestellt, daß wir zwar eine Einreiseerlaubnis haben, aber keine Aufenthaltsgenehmigung und schon gar kein Ausreisevisum. Folglich mußten wir ziemlich schnell wieder die Botschaft verlassen, um erneut zu einigen Behörden zu rennen, damit wir unser Ausreisevisum erhielten – inzwischen wußten wir ja, wie lange wir auf Stempel warten mußten. Nach zwei Stunden hatten wir auch das erledigt und waren froh, daß wir uns endlich wieder auf den Weg machen konnten, denn wir waren völlig übermüdet.

UND WAS IST HIER HEUTE?

Bevor wir Ostberlin verließen, tranken wir am Alexanderplatz noch eine Tasse Kaffe. Dabei hatten wir noch ein besonderes Erlebnis. Wir hatten vorher schon in diesem Renommierviertel Bettler gesehen, aber was wir nun sahen, schlug dem Faß den Boden aus. Während wir unseren Kaffe trinken, kommt ein alter Mann in das Cafe. Er sieht völlig heruntergekommen aus. Mit gebeugtem Schritt schlurft er an den Tischen vorbei. Er sagt kein Wort, sondern hält den Gästen nur eine kleine Papptafel hin, auf der Plaketten heften, die er zum Verkauf anbietet. Keiner kauft eine Plakette. Als sich der alte Mann müde zum Gehen wendet, sehen wir, was auf den Plaketten steht. Da steht: „30 Jahre Befreiung vom Faschismus".

Wir sehen uns einander an und einer sagt nur: Und was ist hier heute?

NIEDER MIT DEN D„K"P-REVISIONISTEN, NIEDER MIT DER REVISIONISTISCHEN FÜHRUNGSCLIQUE IN DER DDR – SIE SIND SABOTEURE AM BEFREIUNGSKAMPF DER VÖLKER!

SPENDET FÜR DEN BEFREIUNGSKAMPF DES VOLKES VON OMAN!

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: Oman

Katastrophe nach Fahrplan

Fortsetzung von Seite 1

Diesen Bossen ist es egal, ob Eltern ihre Kinder verlieren oder Kinder elternlos werden oder Familien ihre Angehörigen verlieren.

Einer der Fahrdienstleiter, der gerade einen Tag aus seinem Urlaub zurück war, hat einen so schweren Schock erlitten, daß er lange im Krankenhaus liegen mußte. Die Herren der Bundesbahn läßt dieser Unfall aber vollkommen kalt, sie kalkulieren nur, wieviel Verlust er ihnen bringen kann und wie sie den eventuell abschieben können. So versuchen sie natürlich auch gleich, dem Fahrdienstleiter die Schuld in die Schuhe zu schieben. „Menschliches Versagen", wie sie es ausdrücken und es ist nicht das erste Mal, daß sie so handeln.

Nachdem nun herausgekommen ist, daß der Unfall nach dem Fahrplan der Bundesbahn passieren bis 1985 120 000. So soll z.B. auf der Strecke zwischen Kassel und Frankfurt die Zahl der Streckenposten von 300 auf 7 bis 1980 reduziert werden. Dazu gehören nicht die Schalterbeamten, Verwaltungsbeamten usw. Das bedeutet, daß der Streß, die Ausbeutung und die Unfallgefahr noch größer werden.

Dieser Unfall ist regelrecht „fahrplanmäßig" geschehen und es ist bereits aufgedeckt, daß es mehrere Überschneidungen in den Fahrplänen gibt, dieser Unfall kann sich morgen also genauso wiederholen. Daß es bisher nicht zu Unfällen geführt hat, ist der Wachsamkeit und Sorge der Arbeiter und Angestellten zu verdanken. Die Bevölkerung hat dem Fahrdienstleiter bereits ihre Unterstützung zugesagt.

Wie kaltblütig die Bundesbahn-Bosse kalkulieren, wie sie einzig und allein hinter dem Profit her sind und „unnötige" Kosten ver-



mußte, versuchen sie natürlich trotzdem dem Fahrdienstleiter die Schuld zu geben. Er hätte die Betriebsanleitung nicht beachtet, denn die sei für den Bahnbetrieb ausschlaggebend. Die Frage, welcher Zug wann fährt und an welchem Punkt sich Züge kreuzen, liege allein in der Entscheidung des jeweiligen Fahrdienstleiters. Das ist eine Unverschämtheit der Bundesbahn-Bosse, denn sie sind es, die die Arbeiter und Angestellten dermaßen antreiben und ausbeuten, daß es sogar kein Wunder wäre, wenn sie mal einen Fehler machten. So muß z.B. der Fahrdienstleiter von Warngau selbst Fahrkarten ausgeben, Weichen stellen, Züge abfertigen und den ganzen Schreibkram erledigen, weil es der Bundesbahn zu teuer ist mehr Leute zu beschäftigen. Sie wollen angesichts dieses Streß sogar noch welche entlassen. In diesem Jahr sollen es 10.000 sein und meiden wollen, wie sie die Verunglückten einfach als Unkostenfaktoren abbuchen, zeigt folgende „Rechnung". So wollen sie für einen getöteten Arbeiter oder Soldaten ca. 100.000 DM zahlen, für eine junge Ehefrau 150 000 DM. Für einen Mann, der Familie hat und 3 000 DM verdient, zahlen sie die Höchstsumme von 250 000 DM. Für ein totes Kind wollen sie keinen Pfennig zahlen.

Im Kapitalismus bedeutet das Leben der Arbeiter und aller Werktätigen nichts, sie sind für die Kapitalisten nur gut genug, um ihre Arbeitskraft auszubeuten oder sie als Kanonenfutter zu benutzen, ansonsten sind sie nur Unkostenfaktoren für die Kapitalisten. Erst im Sozialismus, wenn die Arbeiterklasse die politische Macht besitzt, stehen die werktätigen Menschen an erster Stelle, wird auch alles getan, um solche Unfälle zu vermeiden.

6300DM Strafe wegen Verkauf des Roten Morgen

„Wenn ich sterbe, sagt ihnen die Wahrheit: die Polizei hat mich erschlagen!" So lautet die Titelzeile der Nr. 25/1974 des ROTEN MORGEN, in der der Mord an unserem Genossen Günter zum ersten Mal angeprangert wurde. Weil er diese Nummer des ROTEN MORGEN verkauft haben soll, stand jetzt in Hamburg ein Genosse vor Gericht und wurde zu 6 300 DM verurteilt.

Der Genosse hatte gegen einen Strafbefehl von 500 DM Einspruch eingelegt. **In der mündlichen Verhandlung erklärte der Richter zur „Begründung" dieses Urteils sinngemäß: der Angeklagte bleibe hartnäckig bei seiner Auffassung, die Herrschaft der Bourgeoisie müsse gewaltsam gestürzt werden. Nichts spreche für ihn. Deshalb sei auch ein Überschreiten des im Strafbefehl angegebenen Strafmaßes um mehr als das Zehnfache gerechtfertigt.** Darüber hinaus muß der Genosse die Prozeßkosten und die Kosten für eine Veröffentlichung des Urteils in der Hamburger Morgenpost tragen. Insgesamt muß er also über 8 000 DM zahlen.

Hier wird klar, worum es der bürgerlichen Klassenjustiz mit Terrorurteilen dieser Art geht. Mit solchen Geldstrafen sollen Genossen vor die Alternative gestellt werden: entweder der Ruin oder ihr schwört ab. Natürlich weiß die bürgerliche Klassenjustiz, daß hinter den Angeklagten die Partei steht, daß die vor Gericht gezerrten Genossen nicht isoliert dastehen. Nicht umsonst spielte der Hamburger Richter darauf an, daß der angeklagte Genosse ein Abzeichen mit Hammer, Sichel und Gewehr trug: „Sie tragen da ja eine Plakette . . ." Mit dieser Taktik will der Klassenfeind vor allem die Partei treffen. Noch ist die Partei nicht verboten, aber wer ihr Zentralorgan verkauft, muß damit rechnen, zu über 6 000 DM Strafe verurteilt zu werden. So versucht die Bourgeoisie, der Partei die legalen Kampfmöglichkeiten zu nehmen, ohne daß ein Verbot der Partei ausgesprochen wird. Die Summen der Strafen, die inzwischen gegen Genossen und Freunde der Partei verhängt worden sind, gehen ins Astronomische. Nur gestützt auf die tätige Hilfe aller fortschrittlichen Menschen, auf die proletarische Klassensolidarität können diese Anschläge der bürgerlichen Klassenjustiz zurückgeschlagen werden.

Die Rachitis

Eine typische Krankheit der Kinder des Proletariats

„Die Verhärtung der Knochen wird verzögert. Der Knochenbau überhaupt in seiner Ausbildung gehemmt und neben den gewöhnlichen rachitischen Effektionen findet man oft genug Verkrümmung der Beine und des Rückgrats", mit diesen Worten beschrieb vor fast genau 130 Jahren Friedrich Engels eine der typischen Krankheiten der Kinder in den Proletariervierteln von London, Liverpool und Birmingham.

Und gerade eben kann man in den Zeitungen lesen, daß die Zahl der an dieser Krankheit erkrankten Kinder in den Arbeitervierteln der Großstädte der Bundesrepublik wieder zunimmt und daß sie dort am größten ist, wo der am meisten ausgebeutetste Teil der Arbeiter, unter den elendesten und menschenunwürdigsten Verhältnissen lebt: in den Straßen und Stadtteilen, in denen die ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik wohnen.

Die Rachitis ist untrennbar mit der Ausbeutung und den ganzen Lebensverhältnissen der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft verbunden und selbst bürgerliche Wissenschaftler müssen zugeben, daß sie *„mit dem Fortschritt der Zivilisation immer mehr zugenommen hat"*, d. h. mit der Ausbeutung und Entwicklung des Kapitalismus, mit der Ausplünderung der Arbeiter durch die Kapitalisten. Die Zunahme der rachitischen Kinder ist ein untrügliches Zeichen dafür, daß entgegen allen Schönfärbereien, die grausame Ausbeutung der Arbeiterklasse nicht aufgehört hat und ihre Verelendung fortschreitet.

Selbstverständlich sind auch jetzt von der Bourgeoisie ausgehaltene Autoritäten auf den Plan getreten, wie z. B. ein gewisser Prof. Teller, die ihre einzige Aufgabe darin sehen, den Kapitalismus zu beschönigen und seien ihre Beschönigungen auch noch so absurd. Dieser Professor Teller z. B. hat erklärt, daß es ganz natürlich sei, wenn die Kinder der ausländischen Arbeiter von der Rachitis betroffen sind, denn – sie sind in ihren Heimatländern viel Sonne gewöhnt, hier aber würden sie unter dem Klima leiden und krank werden.

Das ist ein Hohn! Natürlich brauchen alle Kinder Licht, Luft und Sonne, um sich richtig entwickeln zu können, sie müssen in hellen, sauberen und trockenen Wohnungen aufwachsen.

Aber gerade das gibt es vor allem für die Kinder der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik nicht. Die Stadtviertel, in denen sie wohnen, sei es Kreuzberg in Westberlin oder die Straßen um den Borsigplatz in Dortmund, gehören zu den elendesten und verkommensten in unseren Städten. Häuser, in denen oft außen und innen der Putz abfällt, mit unzumutbaren sanitären Anlagen, Wohnungen, die feucht und dunkel sind und oft nur aus einem einzigen Zimmer bestehen, in dem eine ganze Familie wohnen muß, das bedeutet den Ruin der Gesundheit vieler Kinder, die natürlich unter solchen Verhältnissen am meisten leiden, während sich die Hausbesitzer und Wohnungsspekulanten diese Löcher noch mit teurem Geld bezahlen lassen.

Die Rachitis kann die Kinder zu Krüppeln machen, sie ist eine gefährliche Krankheit. Wenn jetzt die Zahl der an Rachitis erkrankten Kinder nicht nur unter den ausländischen, sondern auch unter den deutschen Arbeitern steigt, so ist die Ursache dafür die elende Lage der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft, die Ausbeutung und Unterdrückung, und solange nicht das kapitalistische System gestürzt ist und die Arbeiterklasse den Sozialismus aufbaut, wird es auch für die Kinder der Arbeiter keine glückliche Zukunft geben.

Bericht über die Behandlung imKrankenhaus

Nicht die Gesundheit zählt- sondern dein Geld!

Den folgenden Bericht schrieb uns ein Arbeiter, der selbst im Krankenhaus die Erfahrung machen mußte, daß die katastrophalen Zustände in unseren Krankenhäusern nicht etwa auf einige „unvernünftige Maßnahmen" der Krankenhausbürokratie zurückzuführen sind, sondern durchaus ihre eigene „Vernunft" haben, die Vernunft des Profits. Er schreibt uns:

Vor kurzem verstarb in einer Fach-Klinik, 10 Tage nach seiner Überweisung aus einer anderen Klinik ein Rentner. Der Grund: Seine Papiere waren irgendwo in der Krankenhausbürokratie hängengeblieben. So konnte er nicht behandelt werden und war dadurch zum Sterben verurteilt. Wie konnte es dazu kommen?

Wirst Du in ein Krankenhaus eingewiesen oder in ein anderes überwiesen, gilt die erste Frage grundsätzlich den Papieren, nicht aber dem Befinden des Kranken. So fängt es an. Bist du in der Krankenhausmühle drin, kommst du so leicht nicht wieder raus. Liegst Du z. B. in einer Lungenklinik und bekommst sonntags am Auge ein altes Augenleiden, so kann da bis Freitag nichts gemacht werden. Die Augenklinik hat nämlich erst am Freitag „Krankenhausambulanztag", d. h. da werden die Patienten der anderen Krankenhäuser behandelt. Deinen Augenarzt, der Deine Augenkrankheiten aufgrund jahrelanger Behandlung gut kennt und schnell behandeln könnte, darfst du nicht aufsuchen. Denn man darf nur noch innerhalb der verschiedenen Kliniken verschoben werden. Also muß ein neuer Arzt sämtliche Untersuchungen noch einmal von vorn beginnen.

Nun warst du glücklich am Freitag in der Augenklinik – um bei diesem Beispiel zu bleiben – und sollst Augentropfen nehmen, die es in jeder Apotheke gibt, aber nicht auf deiner Station. Also müssen sie bei der Klinikapotheke bestellt werden. Das dauert meist ein paar Tage. Zu deutsch: In krassen Fällen kann sich eine Krankheit 10 Tage lang voll entwickeln, bis etwas unternommen wird. Und oft ist es sogar so, daß Krankheiten, für die die Station und die Klinik des Patienten nicht zuständig sind, gar nicht behandelt werden.

Man findet diese Fälle, wenn auch vielleicht nicht immer so krass, täglich in jedem Krankenhaus – in anderen Variationen, für die Patienten mehr oder weniger gefährlich. Und manchmal bedeutet das für die Patienten, z. B. für den Rentner in der Lungenklinik, den Tod.

Das Gesundheitswesen ist keineswegs, wie einige Propagandisten der Bourgeoisie uns weismachen wollen, in den letzten Jahren besser geworden. Von 1960 bis 1970 blieb die Anzahl der Krankenhäuser mit ca. 3 600 im wesentlichen gleich, wenn auch einige alte durch neue, größere ersetzt werden. Im selben Zeitraum erhöhte sich aber die Bettenzahl von 580 000 auf 680 000, d. h., die Flure werden mit Betten vollgestopft. Die Kosten der Krankenhäuser stiegen von 2,6 Mrd. DM im Jahr 1964 zwar auf 15 Mrd. DM im letzten Jahr. Daß diese Gelder nicht den Patienten zugute kamen, beweist die Tatsache, daß 1970 in den Kliniken 17,5% mehr Patienten starben bzw. zu Tode gepflegt wurden als 1960.

An erster Stelle steht der Profit. Das ist wie auf jedem Gebiet im Kapitalismus auch im Gesundheitswesen nicht anders. Die Krankenhäuser – von unseren Steuergeldern gebaut und durch unsere Krankenkassenbeiträge finanziert – und das Personal, das sind die Maschinen und die Arbeiter, mit denen einige Pharma- und Chemiemonopole, einige Versicherungskonzerne und eine Handvoll Chefärzte Millionen ergaunern. Wenn man weiß,

- daß die pharmazeutische Industrie allein in den Jahren 1968 – 70 ihren Umsatz von 3,8 Mrd. auf 4.8 Mrd. erhöhen konnte,
- daß offiziellen Angaben zufolge das Arzteinkommen in den Jahren 63 – 67 um 66% stieg, wobei hier allein die Chefarztgehälter von mehreren hunderttausend Mark im Jahr pro Kopf zu Buche schlagen,

dann weiß man, im kapitalistischen Krankenhausunwesen kommt an letzter Stelle der Patient. Das beweisen die Statistiken, das beweist aber vor allem für Hunderttausende Menschen der Krankenhausalltag, der sie aufs bitterste spüren läßt: Im Kapitalismus zählt nicht deine Gesundheit, sondern lediglich dein Geld.

Ausschaltung fortschrittlicher Verteidiger

Berufsverbot gegen Rechtsanwalt Groenewold

Der Hamburger Rechtsanwalt Kurt Groenewold, der bereits im Stuttgarter Prozeß von der Verteidigung von Andreas Baader ausgeschlossen wurde, wurde jetzt von der ersten Kammer eines sogenannten „Hamburger Ehrengerichts für Rechtsanwälte" mit einem Berufsverbot belegt. Das ist ein weiterer Schritt in der Ausschaltung fortschrittlicher Verteidiger durch die bürgerliche Klassenjustiz. Die Anwaltskammer zeigt mit diesem Urteil, daß sie, als „Standesorganisation" getarnt, in Wirklichkeit nichts anderes ist als ein Teil des imperialistischen Staatsapparates, ein verlängerter Arm der Staatsanwaltschaft. Außer gegen Rechtsanwalt Groenewold laufen gegen eine Anzahl weiterer fortschrittlicher Rechtsanwälte Ermittlungen und Verfahren, die auf ein Berufsverbot hinauslaufen sollen. So beispielsweise auch gegen Rechtsanwalt Klaus Croissant. Mit der Ausschaltung fortschrittlicher Verteidiger will die bürgerliche Klassenjustiz eine wirksame Verteidigung von Revolutionären vor Gericht unmöglich machen. Rechtsanwalt Groenewold hat angekündigt, daß er gegen das Urteil Berufung einlegen wird.

Urteil des OVG Münster

Ein Angriff gegen die Partei!

Wie wir bereits im ROTEN MORGEN berichteten, wurde die Wahlsendung der KPD/ML zu den Landtagswahlen in NRW vom WDR nicht in seinem Hörfunkprogramm ausgestrahlt. Begründung: Der von der Partei vorgelegte Text enthalte Verstöße gegen die Verfassung und das Strafgesetzbuch. Die KPD/ML war damit die einzige Partei, die während des Wahlkampfes ihre politischen Ziele nicht im Hörfunk erläutern durfte. Jetzt liegt die schriftliche Begründung für das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes (OVG) Münster vor. Aus ihm wird ersichtlich, wie die Bourgeoisie im Kampf gegen die kommunistische Partei und den Marxismus-Leninismus die eigenen Gesetze bricht.

Die Tatsache, daß die Bourgeoisie unsere Partei als politische Partei anerkennen mußte, war ein wichtiger Erfolg im Kampf gegen Bestrebungen des Staatsapparates, die Partei nach dem §129 als sogenannte „kriminelle Vereinigung" zu verbieten. Aber das Münsteraner OVG-Urteil zeigt, daß die Bourgeoisie die Hoffnung auf ein Verbot nach dem §129 keineswegs endgültig aufgegeben hat. Warum strebt die Bourgeoisie den Weg über den §129 an, warum zieht sie ihn offensichtlich einem Verbot unserer Partei auf der Grundlage eines Bundesverfassungsgerichtsurteil vor? Zum einen ist eine Entscheidung nach dem §129 wesentlich schneller zu bewerkstelligen als ein Verfassungsgerichtsurteil. Vor allem aber steckt die Bourgeoisie bei der Frage, ob sie unsere Partei durch das Bundesverfassungsgericht verbieten lassen soll, in einer Zwickmühle. Wenn sie unsere Partei als verfassungsfeindlich verbieten ließe, würde sich die Frage stellen, warum nicht die D„K"P verboten würde, es würde klar, daß die KPD/ML und nicht die revisionistische D„K"P die Nachfolgerin der durch das Bundesverfassungsgericht verbotenen KPD wäre. Das ist einer der Gründe, warum Vertreter des Staatsapparates bereits mehrfach erklärt haben, ein Verbot unserer Partei durch das Bundesverfassungsgericht sei gegenwärtig nicht „opportun", und das ist auch einer der Gründe, warum die Bourgeoisie nach wie vor versucht, sich den Weg des Verbots über den § 129 offenzuhalten.

Unter diesem Gesichtspunkt muß auch das jetzt vorliegende Urteil des OVG Münster gesehen werden. Dort heißt es: „Daraus folgt, daß Art. 21 Grundgesetz, politische Vereinigungen, die nicht an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag mitwirken wollen, nicht als politische Parteien anerkennt." Mit anderen Worten: über die entsprechenden Bestimmungen des Grundgesetzes hinausgehend, wird hier also das aktive Eintreten einer Partei für den Parlamentarismus zum Kriterium für die Frage erhoben, ob es sich hier um eine politische Partei im Sinne des bürgerlichen Rechts handelt oder nicht. Das zielt dahin, Grundlagen zu schaffen, unsere Partei zu verbieten, ohne daß die Bourgeoisie gleichzeitig erklären müßte, die D„K"P sei keine marxistisch-leninistische Partei. Ohne daß vom Marxismus-Leninismus generell die Rede ist, wird die Haltung zum Parlamentarismus zum alleinigen Kriterium gemacht. Die D„K"P tritt bekanntlich äußerst aktiv für den Parlamentarismus ein. Die KPD/ML dagegen bekämpft die parlamentarischen Illusionen und propagiert die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution.

Zum anderen stellt dieses OVG Urteil eine teilweise Außerkraftsetzung von Bestimmungen des Grundgesetzes dar. Während es im Grundgesetz heißt, daß nur das Bundesverfassungsgericht entscheiden kann, ob eine Partei verfassungswidrig ist oder nicht, stellt das OVG Münster in seinem Urteil fest, in dem Text der verbotenen Wahlsendung unserer Partei sei ein „Bekenntnis zur gewaltsamen Zerstörung der von der Verfassung vorgezeichneten Volksvertretung" enthalten. Hier soll, ohne daß die Bourgeoisie ein klares Verbot unserer Partei auf der Grundlage eines Verfassungsgerichtsurteils ausspricht, das im Grundgesetz festgelegte Parteienprivileg unterhöhlt werden. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, ohne Verbot der Partei sie als verboten zu behandeln.

Die Bourgeoisie verfolgt bei ihren Anstrengungen, die Partei zu verbieten, mehrere Wege. Wir dürfen uns dadurch nicht täuschen lassen, sondern müssen all diesen Versuchen entgegentreten, um jeden Zentimeter Legalität für unsere Partei kämpfen.

Polizei holt Genossen Hubert Lehmann ins Gefängnis



Am 9. Juni abends ist Genosse Hubert Lehmann von der Polizei aus der Wohnung seiner Eltern in dem kleinen bayrischen Dorf Greding, in dem er lebt, abgeholt und ins Gefängnis transportiert worden. Ein Jahr lang will ihm nun die Bourgeoisie die Freiheit nehmen, weil er als Kommunist 1972 am Roten Antikriegstag in München gegen den imperialistischen Krieg demonstriert hat. Die Bourgeoisie will ihn zum Verbrecher stempeln, aber seine Freunde und Arbeitskollegen, die Einwohner des Dorfes Greding wissen, daß er aufrecht für die Befreiung der Arbeiterklasse kämpft. Schon während seines Prozesses haben 119 Menschen aus Greding ihre Unterschrift unter eine Protestresolution gesetzt, in der sein Freispruch gefordert wurde. Genosse Hubert Lehmann sollte seine Strafe schon am 26. April antreten, aber erst jetzt hat es die Bourgeoisie gewagt, ihn zu holen. Schreibt Genossen Hubert Lehmann! Seinen Aufenthaltsort könnt ihr, ebenso wie den des Genossen Peter Bayer, der seit dem 30. 4. im Gefängnis sitzt, bei den entsprechenden Parteibüros oder bei der Roten Hilfe Deutschlands erfahren.

44 Monate Gefängnis für 'K'BW-Funktionäre

Befehl zum Strafantritt erhalten

In Heidelberg haben jetzt fünf leitende Funktionäre des „K"BW ihre Aufforderung zum Strafantritt erhalten. Sie sollen für insgesamt 44 Monate ins Gefängnis geworfen werden und erhielten Freiheitsstrafen von je viermal acht und einmal zwölf Monaten auferlegt.

Die fünf Genossen waren schon vor längerer Zeit verurteilt worden, weil sie 1970 in Heidelberg als Studenten gemeinsam mit ihren Kommilitonen gegen den Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten gegen die Völker Indochinas und gegen den portugiesischen Kolonialismus in Angola und Mosambik demonstriert hatten. Anlaß für diese Demonstration war unter anderem auch der Besuch des ehemaligen Kriegsministers der US-Imperialisten, Mc Namara, in Heidelberg.

In den ersten Verfahren hatte die bürgerliche Klassenjustiz zunächst alle Strafen zur Bewährung ausgesetzt, die dann aber der Bundesgerichtshof 1973, auf den Einspruch der Staatsanwaltschaft hin, aufgehoben hat. Dies geschah, obwohl sogar einzelne Richter für eine Aufhebung der Bewährung keinen juristischen Grund gesehen haben. Grund genug für die Staatsanwaltschaft, gegen sie einen Befangenheitsantrag zu stellen, dem dann auch prompt stattgegeben wurde.

Außerdem hat die bürgerliche Klassenjustiz völlig willkürlich Verfahren herangezogen, um die Aufhebung der Bewährung zu „begründen", die niemals rechtskräftig geworden waren. Alle diese Verfahren waren nämlich unter die Amnestie gefallen, die damals für eine große Zahl von Studenten ausgesprochen wurde, die wegen ihrer Teilnahme an Aktionen der Studentenbewegung von der bürgerlichen Klassenjustiz verfolgt worden waren.

Gegenüber dem Terror der bürgerlichen Klassenjustiz erklären wir unsere Solidarität mit den fünf Genossen. Sie müssen in Freiheit bleiben!

Korrespondenzen

HAMBURG

Letzte Woche wurde mir in Hamburg-Veddel die Kirchenzeitung der „Veddeler Gemeindebote" in den Briefkasten geworfen. Auf der letzten Seite mußte ich folgendes Gebet lesen:

„Bitte beten Sie mit uns . . . . . . für die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft, daß sie zum Wohle aller Bürger wirken; . . . . für die Arbeitnehmer und Arbeitgeber, daß sie einander achten und unterstützen; . . . . für die Sicherheitsorgane, daß sie in der Bevölkerung die nötige Rückendeckung finden; . . . . für die jungen Menschen, die Terror und Gewalt verbreiten, daß sie echten Lebensinhalt suchen."

Dieses Gebet zeigt sehr deutlich, daß die Kirche ein wichtiges Instrument zur Faschisierung unserer Gesellschaft darstellt. Nachdem die Verbrecher aus Politik und Wirtschaft als Wohltäter der Menschheit empfohlen worden sind, nachdem die Arbeiterklasse ermahnt worden ist, sich entsprechend der christlichen Moral wie ein Lamm zur Schlachtbank führen zu lassen, kommen die Pfaffen zum Kern der Sache.

Es soll die göttliche Pflicht aller Gläubigen sein, zusammen mit dem MEK, der Polizei, den Zivilen usw. die „Terroristen" d. h. alle diejenigen, die mit Gewalt diese verbrecherische Gesellschaftsordnung zerstören wollen, zu bespitzeln, zu verfolgen und den staatlichen Folterknechten auszuliefern.

Das zeigt das wahre Gesicht der Kirche. Es ist unsere Pflicht, dem ganzen Pfaffengesindel die Maske der Liebe vom Gesicht zu reißen. Wir sehen dabei nach Albanien, dort können diese Banditen das Volk nicht mehr verdummen und unter dem Deckmantel der Nächstenliebe im Trüben fischen.

KONSTANZ

Mit der Bitte um Weiterleitung an die Zeitungen ROTER MORGEN und ROTE HILFE erreicht uns folgende Resolution aus Konstanz/Bodensee:

„Wir die Versammelten des RHD-Diskussionsabends in Konstanz senden unseren Genossen und Freunden Peter, Hubert und Bernd die solidarischsten Grüße. Einige von uns haben die Abschiedsrede von Peter Bayer in Mannheim gehört (anläßlich einer Veranstaltung zum Sieg des kambodschanischen Volkes). Sie haben voller Begeisterung davon berichtet. Es war Dein eigenster Wunsch, Genosse Peter, daß, wenn Du wieder aus dem Knast herauskommst, in den Dich und die anderen Genossen die bürgerliche Klassenjustiz gesteckt hat, Partei und RHD gewachsen und weiter erstarkt sein werden. Wir sind sicher, daß ihr in diesem Sinne auch im Gefängnis unseren gemeinsamen Kampf fortführen werdet, wie auch ihr sicher sein dürft, daß wir mit all unserer Kraft für unsere großen Ziele eintreten werden.

IDAR-OBERSTEIN

Liebe Genossen!

Soeben waren zwei D„K"P-Mitglieder bei mir, die eine Unterschriftensammlung für den „Preisstopp" durchführen wollten. Als ich sagte, daß ich für solche revisionistischen Manöver nicht meine Unterschrift geben werde und dafür auch die Gründe nannte, wurden sie stutzig und fragten mich, wo ich denn politisch stünde. Ich sagte ihnen, daß ich Jungkommunist bin und deshalb die ROTE GARDE unterstütze. Ihnen tat es offensichtlich leid, daß ich nicht beim „K"BW bin, denn ihre Antwort darauf war: Der „K"BW wäre als einzige Organisation „noch in etwa auf ihrer Linie" und die hätten „schon ganz gute Ansichten". Hier zeigt sich ganz deutlich, wie sehr schon der „K"BW in den Sumpf des Revisionismus gesunken ist. Hier bei uns am Ort gibt es überhaupt keine „K"BW-Organisation und trotzdem wissen sie, welche Leute mit ihrer Politik des revisionistischen Verrats konform gehen.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

DUISBURG

Weil er in Duisburg-Hamborn im Januar den ROTEN MORGEN Nr. 1 verkauft haben soll, erhielt der Genosse Bernhard K. eine Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Duisburg wegen „böswilliger Verächtlichmachung der BRD" und wegen Beleidigung. Die Anklageschrift bezieht sich dabei auf die im ROTEN MORGEN Nr. 1/75 abgedruckte Grußadresse des ZK der KPD/ML sowie einen weiteren Artikel, in denen zur Ermordung des Genossen Günter Routhier Stellung bezogen worden war.

BOCHUM

Im Verlauf des brutalen Polizei-Einsatzes gegen den Trauermarsch bei der Beerdigung des Genossen Günter Routhier, an dem 5 000 Menschen teilnahmen, wurde auch der Bochumer Genosse S. M. festgenommen. Jetzt erhielt er eine Anklageschrift, in der er angeklagt wird, am Trauermarsch teilgenommen zu haben, „Widerstand gegen die Staatsgewalt" ausgeübt und „Körperverletzung" an einem der Polizisten, die den Trauerzug überfielen, begangen zu haben. Bei der „Körperverletzung" wirft ihm die Anklageschrift vor, sich „eines gefährlichen Werkzeugs" bedient zu haben: ein „beschuhter Fuß".

OBERHAUSEN

Einen Strafbefehl über 500 DM erhielt Genosse J. H., weil er im Juni 1974 das Extrablatt des ROTEN MORGEN zum Mord an unserem Genossen Günter Routhier verteilte mit der Überschrift: „Die Polizei hat ihn erschlagen! Ihr Terror macht vor dem Grab nicht halt!"

DONAUWÖRTH

„Vor dem Gesetz sind alle gleich", so heißt ein beliebter Spruch, mit dem die Bourgeoisie den Klassencharakter ihrer Gesetze und ihrer Justiz zu verschleiern versucht. Die alltägliche Praxis in den Gerichtssälen unseres Landes beweist aber immer wieder, daß vor dem Gesetz bei weitem nicht alle „gleich" sind, sondern daß die Gesetze und die Justiz zur Unterdrückung der Werktätigen da sind.

In Donauwörth z.B. ist jetzt vor kurzem ein arbeitsloser Schlosser vom Amtsgericht zu neun Monaten Gefängnis mit Bewährung und vierhundert DM Geldstrafe verurteilt worden, weil er – seinem Nachbarn dreißigmal die Morgenzeitung gestohlen hatte. Auch wenn es natürlich nicht richtig ist, seinem Nachbarn die Morgenzeitung zu stehlen – so ist es doch bezeichnend, daß die bürgerliche Klassenjustiz einen arbeitslosen Schlosser für ein solch geringfügiges Verbrechen zu einer so hohen Strafe verurteilt, während zum Beispiel ein Staatsanwalt oder ein Richter, die in einem Kaufhaus beim Diebstahl erwischt wurden, wegen „momentaner Unzurechnungsfähigkeit" freigesprochen worden sind.

Dem Gesetz allerdings tun die neun Monate Gefängnis völlig Genüge, denn das bürgerliche Recht belegt alle Eigentumsdelikte mit hohen Strafen. So gibt es z.B. in unserem Strafgesetzbuch sogar einen Paragraphen, der besagt, daß auch der, der aus „Not geringwertige Gegenstände" entwendet, bis zu drei Monate ins Gefängnis geworfen werden kann.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

DUISBURG

Wir berichteten bereits im ROTEN MORGEN, daß die Genossin Anna Schulte vom Duisburger Amtsgericht zu einer Geldstrafe von insgesamt 3 600 DM verurteilt worden ist, weil sie die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter Routhier verbreitet hatte. Jetzt hat sie die Urteilsbegründung erhalten, in der die Richter zynisch „begründen", warum die Genossin diesmal keine Gefängnisstrafe bekommen hat: „Hinzu kommt", heißt es in der Urteilsbegründung, als „mildernder Umstand", „daß sie völlig fanatisiert erscheint und kaum noch in der Lage sein dürfte, sich selbst kritisch in ihrem politischen Kampf zu würdigen. Das Gericht hat die Auffassung gewonnen, daß sie lediglich das Sprachrohr anderer Drahtzieher ist." Mit dieser „Begründung" will die bürgerliche Klassenjustiz offensichtlich versuchen, eine Kommunistin zu stempeln, die man im „Wiederholungsfall" auch ins Irrenhaus stekken kann, so, wie es die Hitlerfaschisten mit politischen Gefangenen gemacht haben und wie es heute die sowjetischen Sozialimperialisten tun. Mit der Behauptung von den „Drahtziehern" wollen sie darüber hinaus noch die ganze Partei verunglimpfen und sie als willenloses Werkzeug einiger Führer hinstellen, die im Hintergrund ihre Fäden ziehen.

Großbritannien bleibt in der EWG

Stärkung der EWG gegen beide Supermächte

Fortsetzung von Seite 1

Aber heißt das, daß die Imperialisten auf einmal die Interessen der Völker Europas vertreten? Keineswegs! Soweit sich die westeuropäischen Imperialisten gegenüber beiden Supermächten zusammenschließen, tun sie das als Imperialisten, die ihre imperialistischen Interessen, ihre Macht, ihre „Pfründe", ihren Profit gegenüber den beiden Supermächten, die alles für sich beanspruchen, verteidigen wollen. Das Schicksal der westeuropäischen Völker ist ihnen dabei gleichgültig.

Die Völker Westeuropas aber kämpfen nicht gegen die beiden größten imperialistischen Räuber, die Supermächte, um den kleineren Räubern, den westeuropäischen Imperialisten Vorteile zu verschaffen, sondern um die imperialistische Räuberei überhaupt niederzuringen und jeglichen Imperialismus zu schlagen.

Deshalb auch werden sie keinesfalls – wie einige Opportunisten und Sozialchauvinisten das fordern – die EWG bedingungslos unterstützen. Sondern da, wo sich der Zusammenschluß der kleineren Räuber gegen sie richtet, werden sie nicht minder den Kampf dagegen führen. Die EWG ist und bleibt zugleich auch ein Instrument der westeuropäischen Monopole zur verstärkten Ausplünderung der westeuropäischen Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen. Die Ruinierung von Millionen Klein- und Mittelbauern seit der Errichtung der EWG ist der offensichtlichste Beweis dafür. Der Kampf der italienischen Bauern, wie der süddeutschen Winzer, der Kampf aller westeuropäischen Werktätigen gegen die verschärfte Ausbeutung durch die EWG-Monopole der verschiedenen westeuropäischen Länder ist und bleibt daher eine gerechte Sache, der den Interessen der westeuropäischen Werktätigen im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, im Kampf für den Sozialismus dient.

Früher hat unsere Partei diesen Aspekt der EWG als Instrument der westeuropäischen Monopole zur verschärften Ausbeutung und Ausplünderung einseitig betont und den Schluß daraus gezogen, daß der Kampf gegen jeglichen Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten zu führen ist. Doch in einer Situation, wo die Rivalität zwischen beiden Supermächten sich weiter verschärft, wo die Kriegsgefahr zwischen den beiden Supermächten ständig wächst, hieße es die beiden Hauptkriegstreiber geradewegs zu fördern, wenn man nicht jede Kraft, die sich gegen sie richtet – und sei sie auch schwankend und zwiespältig – berücksichtigt. Und da ist auch die EWG, in der sich die westeuropäischen Imperialisten zusammengeschlossen haben, eine Kraft – wenn auch schwankend und zwiespältig –, die es im Kampf gegen die beiden Supermächte zu berücksichtigen gilt.

Angesichts dieser Lage ist es daher richtig, dort, wo der Zusammenschluß der westeuropäischen Länder sich gegen die beiden Supermächte richtet, die verschiedenen Maßnahmen gutzuheißen, aber dort, wo dieser Zusammenschluß zur Kollaboration mit der einen Supermacht oder der anderen führt, muß entschieden der Kampf dagegen geführt werden. Gegen die wachsende Ausbeutung und Unterdrückung der westeuropäischen Völker durch die EWG aber wird es niemals einen Burgfrieden geben, sondern werden und müssen die werktätigen Massen Westeuropas stets einen entschlossenen Kampf führen.

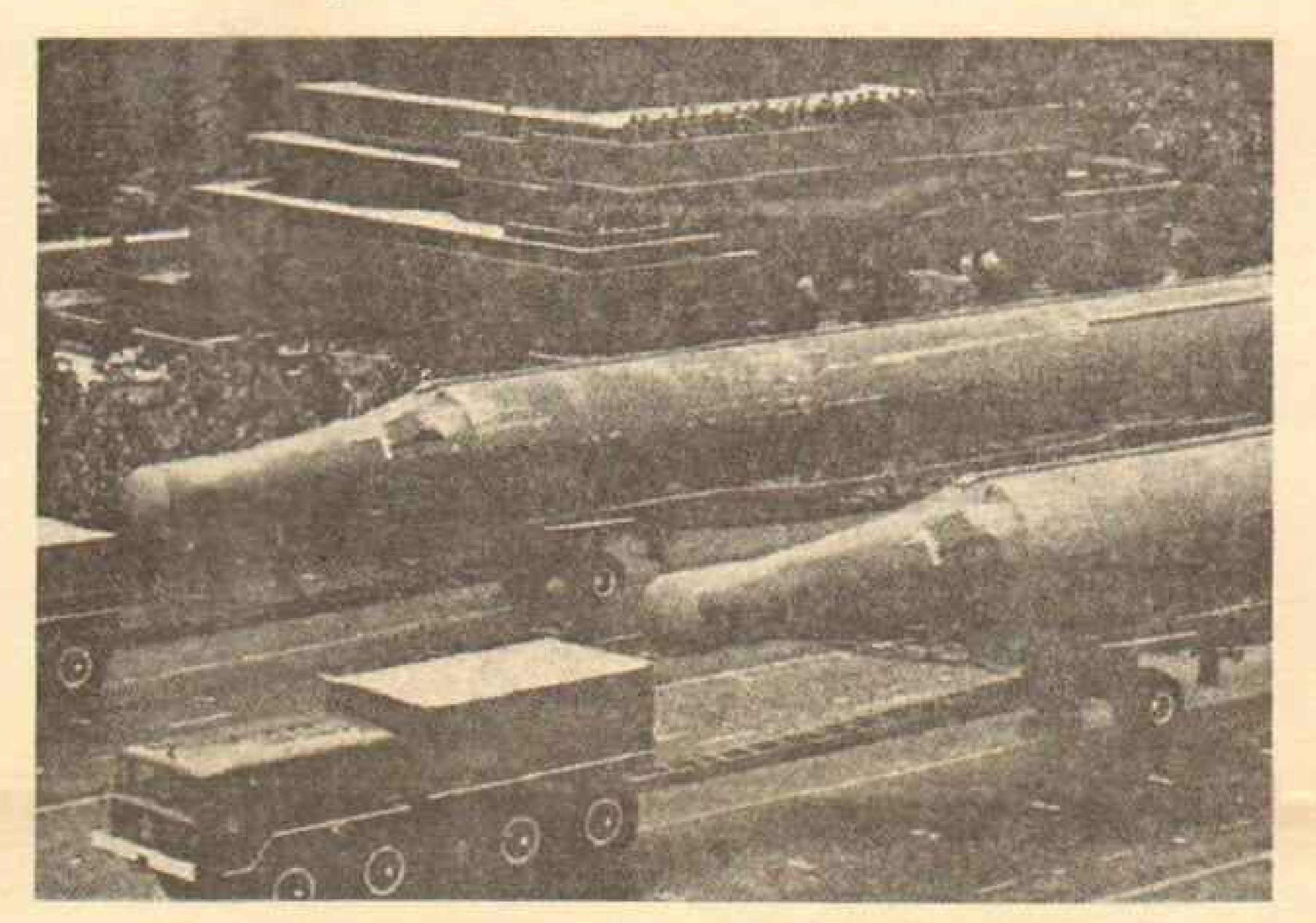
Gromykos Wahlreden

Kanonen statt Butter

Ein Kommentar von Radio Tirana

Die sowjetischen Führer nützen die gegenwärtige Wahlkampagne aus, um ihre Außenpolitik zu preisen. So versuchte Gromyko, die sowjetische Außenpolitik in den schönsten Farben zu schildern. Das Wettrüsten ist für das Leben der sowjetischen Werktätigen eine schwere Last. Gromyko ging daher besonders auf diese Frage ein. In seiner Rede behauptete er, daß der Kampf, um das Wettrüsten zu beenden, die Rüstungsetats einzuschränken, die großen materiellen und menschlichen Ressourcen für das Wohl der Menschen einzusetzen und Schulen, Wohnhäuser und Krankenhäuser zu bauen, die Hauptaufgabe der Außenpolitik der Sowjetunion sei. „Wir sind dieser Politik treu geblieben", erklärte Gromyko. Die Realität widerlegt aber die Lügen, die Gromyko und seine Kumpane vor den Wahlen ausstoßen.

Unwiderlegbare Tatsachen zeigen, daß die Sowjetunion in den letzten Jahren den diametral entgegengesetzten Weg verfolgt hat, wie ihn Gromyko zu schildern sucht. Die Sowjetunion setzt ununterbrochen das Wettrüsten in noch nie dagewesenen Ausmaßen fort. Nach Angaben von Forschungsinstituten verschiedener Länder hat der sowjetische Rüstungsetat der letzten Jahre riesige Summen verschlungen, und er wächst von Jahr zu Jahr. **In 10 Jahren, von 1963 bis 1973 hat die Sowjetunion nach unvollständigen Angaben für Militärzwecke etwa 600 Mrd. Rubel ausgegeben. Allein im vorigen Jahr beliefen sich diese Ausgaben auf über 80 Mrd. Rubel, und das sind viermal soviel, als im sowjetischen Etat offiziell angegeben werden. Die meisten sowjetischen Betriebe arbeiten direkt oder indirekt für den Krieg. Für die Kriegsindustrie arbeiten die besten Wissenschaftler und Techniker des Landes. Die sowjetische Flotte ist z.B. in 10 Jahren auf das 15fache angewachsen und hat ihre Tätigkeit auf weite Gebiete in allen Teilen der Welt ausgedehnt. Jeder dritte sowjetische Soldat steht außerhalb der sowjetischen Grenzen. Diese Tatsachen zeigen, daß die Sowjetrevisionisten ihre Wirtschaft auf die Kriegsgeleise gebracht haben und daß sie das ganze Leben des Landes militarisieren.**



Politik der Neuen Kremlzaren: Kanonen statt Butter.

Damit nicht genug. In Zusammenarbeit und in Rivalität mit den USA sind sie heute die größten Waffenhändler der Welt. Von 1955 bis 1972 haben sie Waffen in einem Wert von 28,5 Mrd. Dollar verkauft. In dem im Juni vorigen Jahres zuendegegangenen Finanzjahr haben sie und die Amerikaner Waffen für insgesamt 8,5 Milliarden Dollar verkauft: das sind doppelt so viel wie im vorhergehenden Finanzjahr. Das sind nur einige Tatsachen, doch sie genügen, um zu zeigen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten eine Rüstungs- und nicht Abrüstungspolitik betreiben, wie der sowjetische Chefdiplomat behauptet. Bei seiner Vogel-Strauß-Politik vergißt Gromyko, daß alle Welt das sieht, was nicht verdeckt werden kann. Seine Rede kann den Lärm der größten Manöver nicht übertönen, die die sowjetische Flotte in ihrer Geschichte jemals durchgeführt hat. Auch nicht die Versuche mit den neuen Waffen auf dem Versuchsgelände in Semipalatinsk oder das Gedröhne der sowjetischen Trägerraketen, die dieser Tage ganze Waffenbündel im Pazifik emporheben. Hat etwa Gromyko ein so schwaches Gedächtnis, daß er schon wieder vergessen hat, daß er erst vor kurzem seine Vasallen des Warschauer Paktes zusammenrief, um sie zu zwingen, noch tiefer in den Beutel zu greifen, um noch mehr Geld für Kriegszwecke auszugeben? Nein! Gromyko hat bestimmt kein schwaches Gedächtnis. Er muß aber lügen, was das Zeug hält. Er muß seine Wähler über diese Angelegenheit, die sie besonders bewegt, anlügen. Diese Tatsachen zeigen aber nicht, daß Gromyko für die Zügelung des Wettrüstens kämpft, sondern nur dafür, diese Waffenbestände zu vergrößern und das Wettrüsten fortzusetzen.

Mit plumper Demagogie behauptet die sowjetische Regierung, daß sie bemüht ist, den Rüstungsetat einzuschränken, um den Wohlstand der Massen zu heben, um neue Wohnhäuser, Schulen, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen zu bauen. Die kolossalen Mittel, die für die Rüstungszwecke ausgegeben werden, gehören zu den Hauptursachen der schwierigen Lage, in der sich die werktätigen Massen der Sowjetunion und anderer Länder befinden. In den letzten Jahren konnten in der Sowjetunion kein einziges Mal die Bauvorhaben bei Schulen und Krankenhäusern, Kinderkrippen und Kindergärten verwirklicht werden. In 5 Jahren haben Millionen Werktätige der Sowjetunion die großspurig auf dem letzten Revisionistenparteitag versprochenen Wohnungen, nämlich über 40 Millionen Quadratmeter umbaute Wohnfläche, nicht erhalten. Man könnte auch noch weitere Tatsachen anführen: Viele Gebrauchsgüter sind für die sowjetischen Werktätigen knapp, eben weil die von der revisionistischen Führerschaft des Kreml betriebene Politik die egoistischen Ziele der herrschenden Klassen, der imperialistischen Regierungen verfolgt. **Diese Politik ist seit dem ersten Weltkrieg berüchtigt: Kanonen statt Butter.**

Unter dem Wettrüsten der sowjetischen Sozialimperialisten leiden auch die anderen Völker. Durch das Waffengeschäft schlagen sie Riesenprofite heraus, die aus den werktätigen Massen herausgepreßt werden. In Indien z.B. finanzieren sie nicht den Bau von Objekten, die den werktätigen Massen dienen, sondern Schiffswerften oder Werke für die Herstellung von Kriegsflugzeugen, Waffen und Munition. Durch das Waffengeschäft saugen sie das Blut und den Schweiß der Völker der Entwicklungsländer und der Mitgliedsländer des „Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe". Sie rauben ihnen kolossale Mittel und treiben so ihre Wirtschaft in Rückständigkeit. An der Armut, dem Hunger und dem Leiden der Völker vieler Länder der Welt sind nicht nur die alten Imperialisten und Kolonialisten schuld, sondern auch die sowjetischen Sozialimperialisten. **Neokolonialismus, Aggression, Expansion sind Resultat der sowjetischen Außenpolitik. Dieser Politik dient das zügellose Wettrüsten.**

Sowjetische Sozialimperialisten

Sabotage am Kampf des angolanischen Volkes

Seit Wochen werden aus Angola bewaffnete Kämpfe gemeldet. Es gibt Tote und Verwundete und viele Menschen sind auf der Flucht. Zu den Ereignissen in Angola haben sich nun auch die sowjetischen Sozialimperialisten zu Wort gemeldet und in der Nachrichtenagentur Tass heuchlerisch ihre „Besorgnis" geäußert, während sie doch in Wirklichkeit die erbittertsten Feinde des angolanischen Volkes sind, die seinen Freiheitskampf von Anfang an sabotiert haben.

Alle Welt weiß, daß das angolanische Volk seine Befreiung vom Joch des portugiesischen Kolonialismus seiner Entschlossenheit und seiner Ausdauer im langjährigen revolutionären Volkskrieg gegen die Unterdrücker seiner Freiheit und Unabhängigkeit verdankt. Die sowjetischen Sozialimperialisten dagegen werden nicht müde, diese Siege sich selbst zuzuschreiben und sie als Erfolge ihrer „Entspannungspolitik" zu preisen.

Die sowjetischen Sozialimperialisten haben ihre anmaßenden und demagogischen Behauptungen zugleich mit einer wütenden Hetze gegen die Einheit der drei Befreiungsbewegungen MPLA, FNLA und UNITA verbunden. Nachdem diese im Januar ihre Entschlossenheit bekräftigt hatten, ihre Einheit zu stärken und sich gemeinsam an der Übergangsregierung zu beteiligen, haben dies nicht nur das angolanische Volk, sondern auch alle Revolutionäre als Erfolg im Befreiungskampf des angolanischen Volkes gewürdigt und die Verstärkung und Festigung dieser Einheit als eine der Grundlagen für den vollständigen Sieg des Volkes über seine Feinde betrachtet.

Die sowjetischen Sozialimperialisten sind dagegen offen als Spalter und Saboteure dieser Einheit aufgetreten und haben sich dabei auch der modernen Revisionisten in Portugal und anderen Ländern als Werkzeuge bedient. Ende April reiste z.B. eine „Journalistendelegation" des revisionistischen „Weltbundes der Demokratischen Jugend", an der sich auch ein gewisser Peter Wilke, Redakteur der UZ, der Zeitung der D„K"P, beteiligte.

Diese Leute entpuppten sich sehr schnell als Agenten der sowjetischen Sozialimperialisten, die die Gastfreundschaft des angolanischen Volkes mißbrauchten, als Saboteure und Unruhestifter auftraten. Ihre subversive Tätigkeit ging sogar soweit, daß sie schließlich festgenommen wurden und als „unerwünschte Personen" aus dem Land gewiesen wurden. Der Reisebericht dieses Peter Wilke, der inzwischen, groß aufgemacht, in drei Folgen in der UZ erschienen ist, ist ein weiteres Beispiel der demagogischen, spalterischen Propaganda der modernen Revisionisten. Unter solchen Überschriften wie „Die Mörder gingen von Tür zu Tür" versucht dieser revisionistische Schreiberling, die eine der Befreiungsbewegungen gegen die andere auszuspielen, beschuldigte er die FNLA der Morde und Massaker und des Agententums für den Imperialismus usw.

Es ist bekannt, daß diese provokatorische Hetze und solche Spaltungsmanöver auch von den portugiesischen Revisionisten Cunhals und ihren Leuten in Angola betrieben wird, um die Einheit der Befreiungsbewegungen zu spalten, sie Moskau in die Hände zu spielen, um das Land und das Volk den räuberischen, hegemonistischen Plänen der Neuen Zaren im Kreml auszuliefern.

Darüber hinaus haben die sowjetischen Sozialimperialisten selbst, wie der Vorsitzende der Nationalen Front für die Befreiung Angolas, Holden Roberto, nach einer Meldung von Radio Tirana unterstrichen hat, gerade die Gegner der Front mit Waffen versorgt. Die Neuen Zaren im Kreml nennen sich selbst die natürlichen Verbündeten des angolanischen Volkes, ihre feindlichen Taten enthüllen aber immer mehr ihr wahres Gesicht. **Während sie sich bemühen, die Einheit zu spalten, haben die Führer der drei Befreiungsbewegungen jedoch ihre Bereitschaft bekräftigt, ihre Differenzen beizulegen und jede Einmischung von außen verurteilt.**

Die Tatsache, daß Holden Roberto das angolanische Volk offen vor der Wühlarbeit der sowjetischen Sozialimperialisten warnte und zur verstärkten Wachsamkeit aufgerufen hat; die Tatsache auch, daß eine Delegation der MPLA, die von den modernen Revisionisten immer für ihre dunklen Zwecke mißbraucht worden ist, in die VR China gereist ist, zeigt, **daß das angolanische Volk das Joch der portugiesischen Kolonialisten nicht abgeschüttelt hat, um sich nun seine Freiheit und Unabhängigkeit von den sowjetischen Sozialimperialisten rauben zu lassen.**

Das angolanische Volk, die Völker Afrikas und die anderen Völker der Dritten Welt werden diese imperialistische Supermacht, die überall auf Raub und Hegemonie aus ist und mit den amerikanischen Imperialisten um die Vorherrschaft in der Welt rivalisiert, immer besser durchschauen und werden den Imperialismus vollständig besiegen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

UN-Debatte über Namibia - SWAPO bekräftigt:

Der bewaffnete Kampf-einziger Weg zum Sieg!

Vom 30. Mai bis zum 6. Juni hat der UN-Sicherheitsrat über Namibia diskutiert. Während der Debatte ergriffen die Vertreter zahlreicher afrikanischer und asiatischer Staaten das Wort, prangerten die illegale, faschistische Unterdrückerherrschaft der südafrikanischen Rassisten über das Volk von Namibia an und erklärten ihre Entschlossenheit, den gerechten Befreiungskampf des Volkes von Namibia bis zum Schluß zu unterstützen.

Eine Resolution zur Verurteilung Südafrikas kam nur deshalb nicht zustande, weil die amerikanischen Imperialisten, Britannien und Frankreich von ihrem Veto-Recht Gebrauch gemacht haben.

Schon vorher hatte der Vertreter der VR China in der Debatte darauf hingewiesen, daß sich die Rassisten gegenwärtig mit der Hilfe und Unterstützung der Imperialisten und vor allem der beiden Supermächte den Kopf darüber zerbrechen, wie sie ihre konterrevolutionäre Doppeltaktik – nämlich einerseits die gewaltsame Unterdrückung des Volkes noch zu verschärfen, andererseits aber lauthals von „Aussöhnung", „Entspannung" und „Bereitschaft zum Dialog" zu sprechen – noch verbessern und zum Erfolg bringen können.

Die südafrikanischen Rassisten halten Namibia seit langem widerrechtlich besetzt und weigern sich, die verschiedenen Resolutionen der UNO durchzuführen, in denen ihr Abzug gefordert wird. Kurz vor der UNO-Debatte hat der Chef der südafrikanischen Rassisten, Vorster, frech erklärt, daß Südafrika seine Herrschaft über Namibia aufrechterhalten will. Sie wollen die Bevölkerung Namibias als Zwangsarbeiter in ihren Gold- und Diamantenminen bis aufs Blut ausbeuten und die Naturreichtümer des Landes wie Uran, Kupfer, Zinn und Diamanten an sich reißen. Sie haben dabei vor allem die Unterstützung der amerikanischen Imperialisten, die hier nicht nur riesige Kapitalien investiert haben, sondern die weißen rassistischen Regimes im südlichen Afrika auch als Bastion gegen den Freiheitskampf der Völker und Nationen des afrikanischen Kontinents mit allen Mitteln am Leben zu erhalten suchen. In ihrem Kampf mit den sowjetischen Sozialimperialisten um die Vorherrschaft in der Welt ist für sie außerdem die Südspitze Afrikas von großer strategischer Bedeutung. Und gerade jetzt wollen sie den von Britannien aufgegebenen Stützpunkt Simonstown als Militärstützpunkt übernehmen.

Eine wesentliche Stütze der faschistischen Herrschaft des Rassisten-Regimes in Pretoria über Namibia sind aber auch die westdeutschen Imperialisten. Sie sind in großem Umfang, z.B. durch die „Otavi-Minen und-Eisenbahngesellschaft" an der Ausplünderung des Landes, das früher eine Kolonie des deutschen Imperialismus war, beteiligt. Die Bundesregierung hat außerdem in der Vollversammlung der UNO im vergangenen Jahr gegen den Ausschluß Südafrikas gestimmt und unterhält als einziges Land direkt in Namibia ein Konsulat und zeigt damit offen, daß sie die Terrorherrschaft der südafrikanischen Faschisten in Namibia anerkennt.

Das Volk von Namibia hat seit jeher gegen die ausländischen Kolonialisten, die seine Freiheit unterdrückten und seine Reichtümer raubten, mit der Waffe in der Hand entschlossen gekämpft. So erhoben sich 1904 die Hereros gegen die Kolonialherrschaft der deutschen Imperialisten und konnten erst nach langem blutigem Kampf niedergeworfen werden. Und so kämpft heute das Volk von Namibia, geführt von der „Organisation des Volkes von Südwestafrika" (SWAPO) mit der Waffe in der Hand für seine Befreiung und Unabhängigkeit. **Dieser Kampf, den es vereint mit den Völkern von Azania und Simbabwe führt, hat das Rassisten-Regime in Angst und Schrecken versetzt, besonders nachdem die Völker von Angola, Mosambik und Guinea-Bissao ihre Befreiung von den portugiesischen Kolonialisten errungen haben.**

Die laute Propaganda Vorsters über seine Bereitschaft zur „Aussöhnung" und zum „Dialog" und seine Erklärungen über die Notwendigkeit der „Entspannung" sollen angesichts dieser Lage die Einheit des Volkes von Namibia spalten, es dazu bringen, die Waffen aus der Hand zu legen und es glauben machen, daß die Rassisten plötzlich Engel geworden seien und sich geläutert haben. Sie können ihr wahres Gesicht aber nicht verbergen, denn während sie noch ihre Beteuerungen abgaben, verstärkten sie ihre Streitkräfte in Namibia und errichteten neue Militärstützpunkte. Spaltung ist auch ihre Absicht bei dem Plan, den Ovambos im Norden des Landes die „kulturelle Autonomie" zu geben, um die Freiheit dieses Teils des Landes vorzutäuschen.

Die betrügerische Propaganda der Rassisten ist weder neu noch ihre Erfindung. So haben die sowjetischen Sozialimperialisten in ihrem Bestreben, den Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika zu sabotieren, um ihre hegemonistischen Ziele zu verfolgen, den südafrikanischen Rassisten sofort propagandistische Schützenhilfe gegeben. **In der UNO hat ihr Vertreter Malik sogar erklärt, daß die „internationale Entspannung" nicht nur die Anwesenheit der Vertreter der afrikanischen Befreiungsbewegungen in der UNO ermöglicht habe, sondern auch die Unabhängigkeit von Angola und Mosambik.**

Vorsters Komplotte werden aber ebenso scheitern wie die der Neuen Zaren im Kreml. Schon in der UNO hat der Vertreter des Panafrikanischen Kongresses von Azania erklärt, daß die Völker Afrikas ihre Siege durch den bewaffneten Kampf errungen haben und die sowjetischen Sozialimperialisten beschuldigt zu versuchen, die nationalen Befreiungsbewegungen zu spalten. Und am Vorabend der UNO-Debatte im Sicherheitsrat über Namibia bekräftigte die SWAPO in einer Erklärung, daß es ***„keine andere Alternative gibt, um unser Land von der anmaßenden ausländischen Aggression zu befreien als den bewaffneten Kampf"***. **In diesem Kampf, den das Volk von Namibia entschlossen ist bis zum Sieg zu führen, wird es von den Völkern und Nationen Afrikas und der ganzen Welt unterstützt.**

DEMONSTRATION

zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman am 21. Juni in Köln, Beginn 11 Uhr, Wilhelmsplatz (Nippes), unter den Parolen: Schluß mit dem Völkermord in Oman! Raus mit den beiden Supermächten aus dem Golfgebiet! Es lebe der Befreiungskampf des Volkes in Oman! Nieder mit dem britischen Imperialismus und dem US-Imperialismus! Nieder mit dem Quabus-Regime! Schah-Regime und alle anderen Aggressoren raus aus Oman! Schluß mit der Unterstützung des Quabus-Regimes durch den BRD-Imperialismus! Schluß mit der Waffenlieferung des BRD-Imperialismus an das Schah-Regime! Nieder mit dem faschistischen Schah-Regime!

Kambodscha nach der Befreiung

Das Land wird wieder aufgebaut

Als das kambodschanische Volk nach fünfjährigem heldenhaften Befreiungskrieg sein Land vollständig befreit hatte, haben die amerikanischen Imperialisten eine wütende Lügenkampagne gestartet, um diesen glänzenden Sieg und die Errungenschaften der Revolution zu verleumden. Nach der Mayaguez-Provokation scheinen sie nun ihre Sabotage und ihre Provokationen in aller Heimlichkeit durchführen zu wollen.

Heuchlerisch behaupteten so z.B. kürzlich einige bürgerliche Zeitungen, daß man aus Kambodscha „nichts hört" und „nichts weiß", daß es einen „Bambusvorhang" gibt usw. **Aber jeder, der will, kann sich über die neuen Erfolge der Revolution des kambodschanischen Volkes unterrichten.** Er braucht z.B. nur das „Informationsbulletin" zu lesen, das jede Woche von der Pariser Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Union (GRUNK) herausgegeben wird und das in seinen letzten Ausgaben über den Wiederaufbau des Landes und die Entwicklung der Produktion berichtet.

Während ihres fünfjährigen Aggressionskrieges gegen das kambodschanische Volk haben die amerikanischen Imperialisten nicht nur fast 600 000 Menschen ermordet, sondern auch im ganzen Land, in den Städten wie in den Dörfern, unglaubliche Verwüstungen angerichtet. Dennoch haben sich während des Aggressionskrieges der amerikanischen Imperialisten die befreiten Gebiete wie Tag und Nacht von denen unterschieden, die unter der vorübergehenden Kontrolle des Feindes standen. Während die Bevölkerung in den befreiten Gebieten genug zu essen hatte, wütete dort der Hunger; während in den befreiten Gebieten die Bevölkerung sogar unter den Flächenbombardements genug produzierte, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen und dem revolutionären Krieg zu dienen, mußten die Verräter alles aus den USA einführen, vom Reis bis zum Brennholz.

„Heute, wo unser Land befreit ist", schreibt das „Informationsbulletin", **„haben sich die produktiven Kräfte verdoppelt: Alle Welt, Männer, Frauen, Kämpfer, Kämpferinnen, Kader der revolutionären Streitkräfte, Kinder und Jugendliche beginnen mit einer großen Bewegung zum Reisanbau während der Regenzeit. Dazu gehört: einerseits, daß alles verfügbare Land kultiviert wird, man führt dazu die Feldarbeit durch, eggt und pflanzt, andererseits, daß die Arbeit für die Bewässerung und die Reparatur der Straßen fortgesetzt wird. Heute haben wir viel bessere Möglichkeiten als früher und wir sind sicher, daß wir unser Ziel erreichen können: eine doppelt so hohe Ernte wie im vergangenen Jahr. Wir haben bereits vor dem Ausbruch des Krieges Reis exportiert und heute exportieren wir wieder, um Maschinen und Werkzeuge kaufen zu können, um unsere neue Wirtschaft aufzubauen, wobei wir der Linie folgen, unabhängig und souverän zu sein."**



Die ganze Bevölkerung beteiligt sich voller Enthusiasmus an der Bewegung zur Verdoppelung der Reisernte.

Im gleichen Geist hat das kambodschanische Volk mit der Reparatur der Straßen zwischen den verschiedenen Teilen des Landes begonnen. Die wichtige Nationalstraße 10 zwischen Battambang und Pailin z.B., die 85 km lang ist und vollständig zerstört war, kann nun bereits wieder von kleineren Motorfahrzeugen sowie PKW's und LKW's in langsamer Fahrt benutzt werden.

Im Hafen von Neak Luong am Mekong, in dem die Feinde vor ihrer Niederlage die Krankenhäuser, die Marktplätze, die öffentlichen Gebäude, das Elektrizitätswerk, den Hafen, den Flughafen und alles Material vernichtet hatten, haben die Kämpfer, die Kader und die Bevölkerung eine Offensive eingeleitet, um alles wieder zu reparieren. In nur einem Monat haben sie die Fähren wieder in Betrieb gesetzt, der Flughafen kann wieder benutzt werden ebenso wie die Märkte und öffentlichen Gebäude.

„All dies", schreibt das Informationsbulletin, **„ist ein Sieg der wirtschaftlichen Linie unserer Revolution. Diese Linie gründet sich auf das Prinzip der Unabhängigkeit und des sich Stützens auf die eigenen Kräfte und des Prinzips, das Schicksal des Landes in die eigenen Hände zu nehmen. Sie besteht darin, die Bauern in Gruppen für gegenseitige Hilfe zu organisieren, die die Arbeiten für die Bewässerung in Angriff nehmen können. Das Gesicht des Landes in Kambodscha hat sich vollständig verändert. Die dürren Gebiete sind grüne Reisfelder geworden, das Bewässerungsproblem ist gelöst und es gibt überall Reisanbau. Heute, wo wir befreit sind, beginnen unsere Kader, unsere Kämpfer und unser ganzes Volk eine Offensive in der Produktion und im Bau von Bewässerungsanlagen für die Landwirtschaft und es ist sicher, daß unser Volk ein gesichertes und glückliches Leben aufbaut."**

Aus aller Welt

VR China

Zu einem Staatsbesuch ist Präsident Marcos aus den Philippinen in China eingetroffen. Er wurde am 7. Juni vom Vorsitzenden Genossen Mao Tse Tung empfangen und führte ein herzliches Gespräch mit ihm. Präsident Marcos wurde außerdem von Genossen Tschou En-Lai und Tschu Teh empfangen. Der Stellvertretende Ministerpräsident Genosse Deng Hsiao Ping gab ihm zu Ehren ein Bankett, auf dem Präsident Marcos eine Ansprache hielt, in der er unter anderem sagte: „Ich glaube, daß China mit der tiefen moralischen Entrüstung, die es für die vergangenen und heutigen Ungerechtigkeiten gezeigt hat, der natürliche Führer der 3. Welt ist" und in der er betonte, daß das Leitprinzip der VR China in den internationalen Beziehungen nicht nur die Koexistenz sondern auch die Gleichberechtigung aller Nationen, ungeachtet ihres Reichtums, ihrer Größe und ihrer verschiedenen Gesellschaftssysteme sei. Präsident Marcos schloß seine Rede damit, daß er die Erfolge, die die VR China in den 26 Jahren seit der Befreiung errungen hat, das hervorragendste Beispiel für das Prinzip des Vertrauens auf die eigenen Kräfte in der ganzen Welt nannte. Zum Abschluß des Besuches wurde zwischen der VR China und den Philippinen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart.

Israel

Die Arbeiter des Ölhafens von Ashkelon sind seit dem 20. Mai im Streik, um gegen Entlassungen und für höhere Löhne zu kämpfen. Der Streik zwang die israelischen Behörden bereits dazu, den Hafen und die Pipeline von Ashkelon nach Eilat am Golf von Akaba zu schließen. Immer wieder haben die Behörden den Arbeitern gedroht und versucht, mit Polizeigewalt die Wiederaufnahme der Arbeit zu erzwingen. Dessen ungeachtet gelang es den Arbeitern jedoch, einige Schiffe zu kapern und sie vor der Küste zu ankern. Als die Polizei die Schiffe stürmen wollte, wurde sie von den streikenden Arbeitern ins Meer geworfen.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)

RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.

32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)



Nationalausstellung der VR China in Köln

Tausende von Besuchern in den ersten beiden Tagen

Bis weit hinein nach Köln kann man in diesen Tagen von den Messehallen herüber eine rote Fahne im Wind flattern sehen. Sie weht auf der Spitze des größten Kranes, den die Volksrepublik China auf ihrer ersten Nationalausstellung zeigt und grüßt die Besucher aus nah und fern.

Zur Eröffnung der Ausstellung am 13. Juni war auch der stellvertretende Außenhandelsminister der VR China, Genosse Chai Schu-fan aus Peking in die Bundesrepublik gekommen. Gemeinsam mit zahlreichen Gästen, zu denen unter anderem auch Bundeswirtschaftsminister Friderichs und die Botschafter aus vierzig Staaten gehörten, machte er einen ersten Rundgang über das Ausstellungsgelände. Bezeichnenderweise allerdings war Bundeskanzler Schmidt, der schon zu Anfang des Jahres provokativ seinen Besuch in der VR China verschoben hatte, nicht zur Eröffnung erschienen, sondern ließ sich durch seine Frau „vertreten".

Tausende von Menschen aber nutzten schon an den ersten beiden Tagen die Gelegenheit zu einem Besuch der Ausstellung. Sie alle, die Schulklassen aus Köln mit ihren Lehrern, die Reisegruppen aus Nord- und Süddeutschland, die Arbeiter, Angestellten und die Freunde der Volksrepublik China waren beeindruckt über die Leistungen des chinesischen Volkes und über die Sorgfalt und Liebe, mit der die Genossen aus China die Ausstellung zusammengestellt und aufgebaut haben.

Die Modelle der Vorbilder des sozialistischen Aufbaus, wie z.B. das der Produktionsbrigade von Dadschai, sind mit einer solchen Präzision gearbeitet, daß sogar Schleusen, Schiffshebewerke und andere technische Anlagen in Betrieb genommen werden können, und eine automatische Schneidemaschine arbeitet z.B. so genau, daß sie in der Lage ist, nicht nur einfache oder komplizierte geometrische Figuren herzustellen, sondern auch Szenen eines Balletts aus feinstem Material nachzubilden.

Hier, wie in allen Bereichen dieser Ausstellung werden anschaulich, eindrucksvoll und lebendig die Erfolge gezeigt, die das chinesische Volk erringen konnte, weil es die Diktatur des Proletariats verteidigt und, geführt von seiner kommunistischen Partei mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze, den Sozialismus aufbaut. Das chinesische Volk läßt sich vom Marxismus-Leninismus und den Maotsetungideen leiten und überall auf der Ausstellung kann man große Tafeln sehen, auf denen in großen Lettern die Weisungen und Richtlinien des Genossen Mao Tsetung und der Klassiker des Marxismus-Leninismus zu lesen sind.

Das große Interesse und die Freundschaft vieler Menschen in unserem Land zur VR China zeigt sich auch daran, daß an den Literaturständen der Partei und der „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus", die direkt neben dem Eingang zur Ausstellung aufgebaut sind, schon nach den ersten beiden Tagen sämtliche Bücher- und Zeitschriftenbestände ausverkauft waren. Es ist bemerkenswert, daß dabei vor allem die Schriften des Genossen Mao Tsetung und der Klassiker des Marxismus-Leninismus bei den vielen Jugendlichen, die die Ausstellung besuchen, auf Interesse gestoßen sind.

Die Ausstellung der VR China, das ist jetzt schon klar, wird ein großer Erfolg werden. Über hunderttausend Menschen aus der ganzen Bundesrepublik werden sie besuchen und sich über die VR China informieren. Die Freundschaft zwischen dem deutschen und chinesischen Volk wird bestimmt gestärkt und gefestigt werden.





Nachdem die Volkskommunen gegründet worden waren, wies Vorsitzender Mao Tsetung auf folgendes hin: „Der grundlegende Ausweg für die Landwirtschaft ist die Mechanisierung." Hier eine der modernen Erntemaschinen, die nach dieser Weisung entwickelt wurden und in Köln besichtigt werden können.



Eine ganze Abteilung ist der Ausstellung von Büchern, Plakaten und Kunsthandwerk gewidmet. Hier eine Vitrine mit Kinderbüchern.

17. Juni: Wer sind die Spalter der deutschen Nation?

Fortsetzung von Seite 2

ihre antikommunistische und revanchistische Hetze besonders konzentrieren.

Seit 1953 aber hat sich die Lage der deutschen Nation grundlegend gewandelt. Heute ist die DDR kein sozialistischer Staat mehr. Heute ist in der DDR der Kapitalismus vollständig wiederhergestellt. **Die DDR steht heute unter dem Militärstiefel der sowjetischen Sozialimperialisten.** Denn die Sowjetunion selbst ist nicht nur zu einem kapitalistischen Land geworden. Sie ist heute eine imperialistische Supermacht, die mit dem US-Imperialismus im Kampf um die Weltherrschaft liegt. Die Honnecker-Clique ist heute nichts anderes als ein Vasallen-Regime Moskaus. Die DDR ist von den Truppen der Neuen Zaren im Kreml militärisch besetzt, wird von Moskau wirtschaftlich ausgeplündert und politisch versklavt. Weil Moskau wie wahnsinnig aufrüstet, um sich auf einen Weltkrieg mit dem US-Imperialismus vorzubereiten, heißt es für die Arbeiter und anderen Werktätigen in der DDR „Kanonen statt Butter". Die Ausplünderung durch die sowjetischen Sozialimperialisten ist die hauptsächliche Ursache für die schlechte wirtschaftliche Lage der werktätigen Massen in der DDR. Jeder, der schon einmal in der DDR war, weiß, wie selbst relativ gute Bekannte Angst haben, ein Wort der Kritik an dem Regime zu äußern. Der Staatssicherheitsdienst sitzt überall, Die Gefängnisse sind voll von politischen Gefangenen. Unter der Knute des sowjetischen Sozialimperialismus ist die DDR zu einem faschistischen Staat von der Art der Hitlerdiktatur geworden.

Der sowjetische Sozialimperialismus, der die DDR besetzt hält, in Westdeutschland eine immer ausgedehntere Spionage betreibt, durch ein System wirtschaftlicher und politischer Verträge versucht, seinen Einfluß in Westdeutschland zu vergrößern, ist heute der Hauptfeind der deutschen Nation. Genauso aber muß der US-Imperialismus bekämpft werden, dessen Truppen in Westdeutschland stehen, der in Westdeutschland wirtschaftlich und politisch die Vorherrschaft ausübt. Im Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen die beiden Supermächte kann sich das deutsche Volk weder auf die neue Bourgeoisie in der DDR, noch auf die westdeutsche Monopolbourgeoisie stützen. Die Honnecker-Clique hat mehr als deutlich gezeigt, daß sie ein bedingungsloses Werkzeug von Breschnew und Konsorten ist. Ganz klar wurde das, als sie auf Geheiß Moskaus vor einigen Monaten in die DDR-Verfassung aufnehmen ließ, daß es angeblich keine deutsche Nation mehr geben soll. Die westdeutsche Monopolbourgeoisie hat nicht nur in der Vergangenheit stets die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten. Sie zeigt auch heute ihren zutiefst antinationalen Charakter dadurch, daß sie mit beiden Supermächten, den größten Feinden der Nation, zusammenarbeitet.

So kann nur die deutsche Arbeiterklasse im Kampf für die nationalen Interessen unseres Volkes die Führung übernehmen. Der Weg zur nationalen Einheit und Unabhängigkeit führt nur über den konsequenten Kampf gegen die beiden Supermächte, ihre Vertreibung von deutschem Boden. Nur der Sieg der proletarischen Revolution in beiden deutschen Staaten wird ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland erstehen lassen.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26
hiermit bestelle ich

ROTER MORGEN

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname. ....

Beruf ....

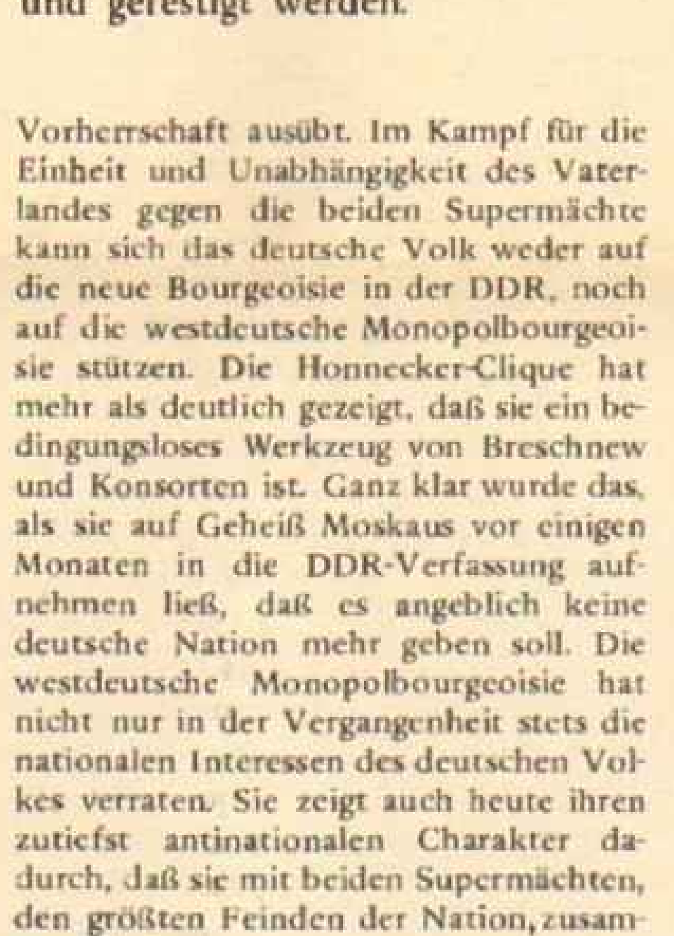
Postleitzahl/Ort ....

Straße ....
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum.............. Unterschrift..........

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML



BIELEFELD
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr: 16.30-18.30, Sa: 9-13 Uhr.

BOCHUM
Dorstenerstr. 86. Öffnungszeiten: Mo-Fr: 17.30-19 Uhr Sa: 10-13 Uhr Tel.: 0234/ 51 15 37

BREMEN
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Mi: 16-19, Sa 9-13.

DORTMUND
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18 Uhr. Sa: 10-14 Uhr.

DUISBURG
Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 16. Öffnungszeiten: Mo., Mi., Fr.: 16-18.30 Uhr, Sa.: 10 - 13 Uhr.

HAMBURG
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

HANNOVER
Elisenstr. 20. Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr.

KIEL
Thälmann-Buchladen, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 7 62. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13.

KÖLN
Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19 Uhr, Sa 9-13 Uhr

LÜBECK
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

MANNHEIM
Lortzingstr. 5. Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

MÜNCHEN
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

MÜNSTER
Bernhard-Ernst-Str. 5 (im Hof). Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr

STUTTGART
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

WESTBERLIN
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 030 / 465 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

GROSSVERANSTALTUNG

Porzbach bei Köln "Bürgerhaus" Kaiserstraße

22.6. 18⁰⁰

Mit einem Bericht der Delegation des ZK der KPD/ML von ihrem Besuch in der VR China

